

Deutschland.

Berlin, 13. October. [Mittliches.] Se. Majestät der König hat dem Reichs-Schul-Director Friederici zu Wehlau, den Rother Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Bau- und Wasserbau-Rath zu Berlin, dem Polizei-Rath Weisk zu Breslau, dem Rother Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Kreis-Secretair und Hauptmann a. D. Kähler zu Königsberg i. Pr. und dem Kreis-Secretair und Hauptmann a. D. Kremer zu Gellertkirchen den Rother Adler-Orden dritter Klasse; dem Geheimen Justiz- und Appellations-Rath Kahner zu Naumburg a. S. den Königl. Kronen-Orden zweiter Klasse; dem Kaufmann Justus Postelmann zu Tostedt im Kreis Harburg und dem Regiments-Sattler Ruff beim 1. Westfälischen Infanterie-Regiment Nr. 8 den Königl. Kronen-Orden vierter Klasse; dem Schullehrer und Küster Wenzel zu Liebenow im Kreis Arnswalde den Rother Adler-Orden dritter Klasse; dem Hausbesitzer von Hohenjollern; sowie dem Administrator Albert Plamade zu Platenhagen, im Kreis Regensburg, dem Betriebsführer der Steinbohlenwerke Grün, Friedrich Wilhelm Kollmann zu Castrop im Kreis Dortmund, dem Häuer Theodor Kohlschödt zu Rassel, im Kreis Dortmund, dem Eigenthümer Johann Heinrich Arndt zu Lohberg, im Kreis Uelmen, dem Bauernbesitzer Wilhelm Wirt zu Wölsig, desselben Kreises, und dem Eigenthümer Johann Wilhelm Verndt, ebendasselbe, die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat den Gymnasiallehrer Dr. Karl August Kretschmer zu Greunburg in Oberhessen zum Seminar-Director ernannt. Se. Majestät der König hat den Kaufmann Johann Baptist Dotti, Anton Leopold Schroeter und Heinrich Daehnhardt, sämmtlich zu Bissabon, den Königl. Kronen-Orden vierter Klasse verliehen. Der Ober-Post-Directions-Secretär Eichler in Halle a. S. ist zum Kaiserlichen Post-Inspector ernannt worden. Der Civil-Supernumerarius Herrfurth ist zum Geheimen erziehenden Secretär in dem Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten ernannt worden. — Dem Seminar-Director Dr. Karl August Kretschmer ist die Direction des internistischen hospitalischen Schullehrer-Seminars in Riegenhals übertragen worden. — Der Dr. phil. Karl von Fritsch zu Frankfurt a. M. ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Facultät der Universität zu Halle ernannt worden. — Der bormals Herzoglich hessische Bergschweizer Frohwein ist unter Beilegung des Charakters als Bergmeister zum Bergverwalter ernannt und ihm die Verwaltung des Bergreviers Dillenburg im Ober-Bergamtsbezirk Bonn übertragen worden.

Dem H. Reichs-Rath zu Wehlau ist unter dem 10. October d. J. ein Patent auf einen Dampfessel auf drei Jahre ertheilt worden.

© Berlin, 13. October. [Der Reichstag. — Die Synodal-Ordnung. — Der Börsenschwindel und die „Germania“.

— Personalien.] Die Feststellung der Termine für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und die dabei kundgegebene Auffassung der Regierung in Betreff des Anfangspunktes der Legislaturperiode bleibt der „Frankf. Ztg.“ zu der Vermuthung Anlaß, daß man die Absicht habe, den alten Reichstag nochmals zu berufen. Diese Conjectur ist als eine durchaus gründlose zu bezeichnen. Vielmehr sind dieselben Gründe, welche die Regierung veranlaßt, die Auflösung des Abgeordnetenhauses auszusprechen, auch für den Reichstag maßgebend. Man wird den Reichstag in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung nicht mehr berufen können, weil die Session nach kurzer Thätigkeit wegen Erlösche des Mandats unterbrochen werden müßte. — In der „Nat.-Ztg.“ befindet sich ein Aufruf, durch welchen die bekannten Namen, die an der Spitze des Protestantenvereins stehen, sich an die protestantische Bevölkerung wenden, um dieselbe zu lebhafter Theilnahme an den Wahlen für die kirchliche Gemeindevertretung auf Grund der neuen kirchlichen Verordnungen zu veranlassen. Es ist von diesem Aufruf um so mehr Act zu nehmen, weil darin von den kompetenten Organen des liberalen Protestantismus unumwunden anerkannt wird, daß die neuen Verordnungen einen erheblichen Fortschritt enthalten und den evangelischen Gemeinden die Mittel geben, ihre Interessen und ihren Willen zum Ausdruck und zur geordneten Geltung zu bringen. Die Gesammtheit der Befugnisse, welche den Gemeinden eingeräumt worden, wird als ein werthvolles Recht bezeichnet, welches einen durchgreifenden Einfluß sichere. Durch diese Bemerkungen charakterisirt sich der Aufruf als eine unbefangene Würdigung der neuen Kirchenverordnungen, als dieselbe bisher laut geworden ist. — Die „Germ.“ beschäftigt sich in ihrem Leitartikel mit dem Börsenschwindel und eröffnet ihre Betrachtungen über dieses sehr ergiebige und ansprechende Thema mit den Worten: „Der Teufel hatte in den letzten Jahrzehnten zu seiner Haupt- und Residenzstadt auf Erden Paris auswandern; seit einiger Zeit hat er sein Lager in Berlin aufgeschlagen.“ Für jeden Kundigen bedarf es wohl kaum noch der Bemerkung; daß in den Augen der „Germania“ die deutsche Kaiserstadt nur deshalb als Residenz des Teufels erscheint, weil sie der Mittelpunkt des Kampfes gegen die hierarchischen Anmaßungen bildet. Was aber den Börsenschwindel betrifft, welcher den Fürsten der Hölle bestimmt haben soll, seinen Thron gerade in Berlin aufzuschlagen, so muß doch daran erinnert werden, daß andere Städte mindestens ein gleiches Recht auf die Gunst Er. höllischen Majestät gehabt hätten, u. A. auch solche Städte, in welchen die fromme Richtung im Sinne der „Germania“ genügend vertreten ist, so namentlich Breslau, München und Wien. — Der Staatsminister Deßler ist aus Wien zurückgekehrt. Herr von Wabst wird zu Ende dieser Woche zurück erwartet.

— Berlin, 13. Octbr. [Fürst Bismarck] wird seinen Weg nach Wien jedenfalls durch Berlin nehmen, vielleicht auch einen halben Tag hier verweilen. Dagegen gedenkt der Fürst direct von Wien nach Varszin sich zurück zu begeben und bis zum Januar dort zu verweilen. Eine Unterbrechung des Varsziner Aufenthalts behufs einer Reise nach Berlin sieht nur im dem Falle in Aussicht, wenn es sich darum handeln wird, die definitive Regelung der Stellung des Fürsten zum preuß. Staatsministerium zu vollziehen. Die Verbindung des Fürsten mit dem Ministerium wird nach Wunsch des Kaisers und den leitenden persönlichen Neigungen des Fürsten entsprechend eine nähere werden, als sie es seit seinem Rücktritt von dem Präsidium im vorigen Herbst war, ohne daß dem Fürsten daraus eine Ueberlastung an Geschäftsthatigkeit, die ihn früher so angegriffen hatte, erwachsen soll. Die Vorschläge über das künftige Arrangement bilden in diesem Augenblick den Gegenstand der Erörterung unter den theilnehmenden Personen; die Erledigung dürfte möglicher Weise noch vor dem Zusammentritt des Landtages erfolgen, welcher für den 11. November in Aussicht genommen ist.

[S. M. S. „Nymphen“] ist in San Francisco angekommen. An Bord Alles wohl.

Pelplin, 8. October. [Revision.] Von hier meldet die „Danz. Ztg.“, Am 4. d. M. trafen die Herren Regierungs-Rath Freitag aus Königsberg und Schulrath Eschke aus Posen zur Revision des hiesigen Knaben-Seminars (Collegium Marianum) ein und verweilten zu dem genannten Zwecke bis heute früh. Wie verlautet, haben sich die Herren Revisoren über die Leistungen der Lehrer und Schüler so wie die Einrichtungen der Anstalt überhaupt sehr an-

nehmend ausgesprochen und dürfte das Fortbestehen der letzteren nicht zweifelhaft sein. Es dürfte voraussichtlich von der Staatsregierung nur die Forderung gestellt werden, daß die in den unteren Classen unterrichtenden Elementarlehrer durch Philologen ersetzt werden, die das Staats-Cramen absolvirt haben.

Posen, 13. October. [Die Avantgarde geht nach Würzburg.] Wir brachten vor einiger Zeit die Nachricht, daß man auf unserer Dominel den Beschluß gefaßt habe, 10—12 Alumnus des hiesigen Geistlichen-Seminars auf die deutsche Universität Würzburg zu senden. Unsere Nachricht wurde damals, wie so manche andere wahre Nachricht von der Dominel, demittelt. Die „Gazeta Torunska“ vom 12. d. M. theilt mit, daß aus der Diocese Culm, welche bekanntlich unserer Metropole untergeordnet ist, dieser Tage neue Kleriker nach Würzburg oder Münster abgehen werden, um den neuen Gesetzen über die Ausbildung der Geistlichen Genüge zu leisten. (Mld. 3.)

Aus Westphalen, 13. October. [Ueber die Westphälischen Landtagswahlen] bringt der „Westph. Merk.“ eine Uebersicht. Danach werden im Kreise Münster-Rosfeld die Herren Assessor v. Heermann und Kreisgerichts-Rath v. Habselt, in Hamm-Stiefurt die Herren v. Schorlemer-Alst und v. Wallinckrodt, in Wiedenbrück-Paderborn die Herren Kreisgerichts-Rath Hüffer und Kreisgerichts-Rath Goers, in Olpe-Meschede Dr. Pet. Reichenberger wieder candidiren. In Borken-Reddinghausen tritt der Deconom Reßmann wieder als Candidat auf; statt des zurückgetretenen Kreisrichters Ellerling wird der Kreisgerichts-Rath Sarrazin candidiren. In Lidinghausen-Beckum wird der Deconom Schlegginghoff ein Mandat wieder annehmen, als zweiter Abgeordneter ist der Landrath A. D. Graf Schmising-Kerßenbrock in Vorschlag gebracht. In Warburg-Hörsel ist über die Persönlichkeit des neuen dem Sanitätsrath Dr. Weber als zweiten Abgeordneten aufzustellenden Candidaten Streit; die Warburger wollten den Kreisrichter Engels wieder wählen, die Hörseler verlangen die Wahl des Sanitätsraths Fejn. v. Wendi. In Lipphardt-Arnberg ist der Oberlehrer Dr. Peters zur abermaligen Mandatsannahme bereit; statt des wegen Krankheit zurückgetretenen Decans Dr. Kampshulte ist der Reichstags-Abgeordnete Rechtsanwalt Schröder in Aussicht genommen worden. Alle diese Candidaten sind selbstverständlich clericale. Der „Westph. Merk.“ ist des Sieges in den genannten Bezirken durchaus sicher und erklärt überdies, daß seine Partei, „in der überwiegend katholischen Provinz“ dieses Mal nicht wieder mit 15 unter 31 Landtagswahlen zurückerufen sein, sondern namentlich im Kohlen- und Industriebezirk neue Abgeordnete ernennen werde. Vermuthlich soll dabei etwas mit dem Socialismus getrieben werden.

Göln, 13. October. [Der österreichisch-türkische Conflict.] Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Wien, daß sich die Note nunmehr zu der Unterfertigung des Memorandums in der Botschaften Angelegenheit bekannt habe. Der Graf Andrassy sei dadurch veranlaßt worden, seine Rückkehr hierher zu beschleunigen.

Dresden, 13. October. [Der Kronprinz] ist vorgestern Abend von einem Unfall betroffen worden, dessen Folgen glückliche Weise sich als weniger gefährlich zeigen, als anfangs befürchtet wurde. Von einer Jagdpartie zurückkehrend, hatte er in Pirna den Wagen bestiegen und mittelst der Fährte die Elbe übersteigt, um nach Pillnitz zu fahren. Auf der Straße zwischen Götzsch und Dörschitz erreichte der Wagen, in welchem er sich allein befand, zwischen 10 und 11 Uhr zwei Eisenfuhrwerke, deren Führer, anscheinend schlafend, angerufen werden mußten, um auszuweichen. Am dem ersten dieser Fuhrwerke kam der kronprinzliche Wagen glücklich vorüber, beim zweiten aber erfolgte ein heftiger Anprall, daß der Wagen des Kronprinzen in den Straßengraben geschleudert wurde, wobei er unter den Wagen zu liegen kam. Nachdem er hervorgezogen worden war, wurde er von dem Prinzen Georg, welcher nachfolgte, in seinen Wagen aufgenommen und nach Pillnitz gebracht. Die dort erfolgte ärztliche Untersuchung stellte heraus, daß der Kronprinz eine leichte Contusion in der rechten Seite erlitten hat, die sich voraussichtlich in einigen Tagen ohne weitere Folgen beseitigen lassen wird. Der Jäger und der Kutscher sind bei dem Sturze unbeschädigt geblieben, doch hat der letztere beim Aufsteigen des Wagens sich im Rücken etwas verlegt; beiden kann irgend eine Schuld bei diesem Unfall nicht beigemessen werden. Der Kronprinz ist in Pillnitz in ärztlicher Behandlung geblieben, hat den gestrigen Tag gut verbracht, auch vorige Nacht gut geschlafen. Heute Morgen ist er nach Beilegung der Schmerzen aufgestanden, wird aber heute noch das Zimmer hüten und voraussichtlich morgen sich nach Streßlen begeben. (Dresd. Z.)

Dresden, 13. October. [In der heutigen Generalversammlung] der sächsischen Bank wurden sämmtliche Anträge der Verwaltung ohne jede Debatte einstimmig genehmigt.

Th. C. Eisenach, 12. October. [Die Versammlung des Vereins für Socialpolitik], welche heute eröffnet ward, hatte schon gestern die Teilnehmer in ziemlich großer Zahl hierhergezogen. Der geschäftsleitende Ausschuß, dessen Mitglieder mit wenigen Ausnahmen vollständig eingetroffen waren, veranlagte sich gestern Abend zu einer Beratung, in welcher die auf die heutige und morgende Sitzung des Vereins bezüglichen Vorfragen erledigt wurden. Eine gefällige Vereinigung in den Räumen der „Erholung“ vereinigte die eingetroffenen fremden und hiesigen Mitglieder des Vereins, welche letztere eine Localcomité gebildet hatten, dessen Beistand die von auswärts eingetroffenen Vorstandmitglieder wesentlich unterstützte. Herr Prof. Dr. Gneist begrüßte Namens des Ausschusses die Anwesenden mit einigen Worten, in denen er für ihr Erscheinen dankte und die Hoffnung auf eine gemeinschaftliche und gemeinnützige Arbeit aussprach.

Von den Anwesenden mögen nachstehende Persönlichkeiten erwähnt werden: Prof. Dr. Gneist (Berlin), Prof. Dr. Schmoller (Strasbourg), Herr Oberbürgermeister Stephanus (Leipzig), Dr. May (Hirsch (Berlin), Prof. Dr. A. Wagner (Berlin), Geh. Rath Prof. Dr. Raies (Heidelberg), Prof. Held (Bonn), Präsident v. Steinbeiß (Stuttgart), Prof. Raies (Hörsel (Berlin), Reichstagsabg. Dr. Weiskopf, Prof. Schönburg (Tübingen), Prof. Dr. Raies (Bonn), Dr. Gneist (Leipzig), die Vertreter der Leipziger Handelskammer, Sasse und Panjon (Berlin), als Vertreter der Gewerbevereine, Ludwig Wolff, Prof. Brentano (Dreslau), Dr. Schriever (Strasbourg), Professor Neumann (Freiburg), Prof. Conrad, Geh. Rath Dr. Engel (Berlin).

Die erste Sitzung eröffnete Namens des Ausschusses Herr Prof. Gneist, um einen Rückblick auf die Thätigkeit des im vorigen Jahre gewählten Ausschusses, namentlich mit Hinsicht auf die zur Feststellung der Tagesordnung für die diesmaligen Verhandlungen, indem er den besonderen Dank denjenigen Herren darbrachte, welche für die einzelnen Punkte der Tagesordnung werthvolle und bedeutende Beiträge geliefert haben. Nachdem noch die Regelung verschiedener Punkte, wie Höhe der Beiträge u. s. w. erfolgt, schlägt Professor Raies vor, Herrn Prof. Gneist die Leitung der Verhandlung zu übertragen. Die Anwesenden, deren Zahl sich auf etwa 80—90 Personen beläuft, stimmen dem Vorschlag bei; Herr Gneist nimmt die Wahl mit Worten des Dankes an; da Herr v. Roggenbach nicht anwesend, schlägt der Präsident vor, die Herren Geh. Staatsrath v. Grosse (Weimar), Staats-

rath v. Steinbeiß (Stuttgart), Prof. Raies (Bonn) zu Vice-Präsidenten zu ernennen. Das Bureau, bestehend aus fünf Schriftführern, wird alsdann constituirt. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung erhält Herr Dr. May Reich das Wort, um die Gewerbevereine gegen Angriffe zu verteidigen, welche zu Wien im Volkswirtschaftlichen Congress erhoben worden seien; Herr Stadtrath Riedert habe falsche Zeitung der Invaliden-Pensionskasse denselben vorgeworfen; Reiner verliest eine Erklärung des Sachverständigen Dr. Zimmer, welche diese Vorwürfe entschieden zurückweist. Herr Dannenberg macht geltend, daß die Ausstellungen des Stadtrath Riedert nur die Wiedergabe der Ausführungen eines Sachverständigen seien, durchaus nicht als Ausdruck seiner Anschauungen anzusehen seien.

Präsident charakterisirt die Bestrebungen des Vereins für Socialpolitik, indem er hervorhebt, daß dieselben wesentlich auf Versöhnung der sich gegenüberstehenden Anschauungen gerichtet seien, keineswegs aber socialistische oder communistic Ziele anstrebten. Daß dem Vereine Gegner gegenüberstehen seien, sei die natürliche sich regelmäßig wiederholende Erscheinung; ihnen gegenüber müsse der Verein für seine Bestrebungen Gleichberechtigung erstreben.

Erster Punkt der Tagesordnung ist die Beschlußfassung über die Constatuirung des Vereins. Nachdem die Statuten vertheilt, wird beschlossen, diese Beschlußfassung bis morgen zu verlagern, um die Vorbereitung von etwaigen Änderungsanträgen zu ermöglichen.

Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildet die Erörterung der Fragen: in welcher Weise ist eine Enquete über die Wirkungen der Fabrikgesetzgebung zu veranlassen? Entschieden sind darüber eingegangenen vom Geh. Regierungsrath Jakob, Landrath Liebmann, Bürgermeister von Hildorf, Dr. G. Weiskopf, Prof. Dr. Neumann. Letzterer hat an Stelle des Professor Schmoller das Referat übernommen. Professor Neumann entwickelt in längerem Vortrage die von ihm gestellten Anträge, welche sich auf die Fragen erstrecken: in welchem Umfang, und mit welchen Gründen sei den Vorschriften der §§ 128 und 17 der Gewerbeordnung entgegengehandelt worden, ferner ob und in welchen Fällen das Arbeitsverbot auf jugendliche Personen bis zum vollendeten 13. und 14. Jahre ausgedehnt werden könne. Reiner wünscht namentlich Abschließung jugendlicher Personen von einzelnen Arbeiten, eine Beschränkung derselben in einzelnen Arbeitszweigen nach Vorbild der schweizerischen und französischen Gesetzgebung, und Vereinfachung der staatlichen Behörden zum Ertrag probirlicher Verordnungen. Weiter wendet sich Reiner zu der Frage, in welcher Weise die Gewerbeunternehmer der Vo. schrift entsprechen, nach welcher sie alle zu thunlichster Sicherung der Arbeiter gegen Gefahr für Leben, Gesundheit u. s. w. notwendigen Einrichtungen herstellen und unterhalten sollen, namentlich mit Rücksicht auf die mit einzelnen Gewerben und Thätigkeiten verbundenen besonderen Gefahren, ob die hiesigen einschläglichen Strafbestimmungen genügen, ob ein Bedürfnis vorliege, die Fabrikreglements einer Aufsicht zu unterwerfen. Reiner entwickelt, daß so verartige unabweisbare Mängel vorliegen, die Argumentation nicht zulässig sei, es möge der Organisation unter den Arbeitern überlassen werden, diese Uebelstände zu beseitigen, und weist auf die Bestimmungen der Schweizer Fabrikgesetzgebung hin, daß die Fabrikreglements erst nach der staatlichen Revision und Genehmigung gültig sind, während die deutsche Gewerbeordnung darüber nur sehr wenig, und sehr bage Bestimmungen enthält; die hier festgestellten Selbstregeln seien nicht genügend, zumal sie erst einreihen nach vorhergegangener Aufforderung der Behörde. Reiner beantragt, daß die Fabrikreglements erst nach Genehmigung gewisser Behörden Geltung erlangen, daß ohne ein solches Reglement in den Fabriken nicht gearbeitet werden dürfe, daß die borgeordneten Strafen nicht bloß Selbststrafen sein können. Ferner soll sich nach dem Reiner die Enquete erstrecken auf die Zahlung der Arbeiter in gesetzlich festgesetzten Zahlungsmiteln, auf den Schutz der weiblichen Arbeiterinnen, namentlich auch durch Vermeidung gesundheitsgefährlicher Arbeiten der schwächeren Frauen und Wöchnerinnen, dies auch mit besonderer Berücksichtigung der durch die Entstehung der mütterlichen Pflege bedingten unverhältnismäßig großen Kindersterblichkeit, welche Reiner mit Zahlen belegt. Nachdem Reiner hervorgehoben, daß die Enquete sich zunächst nur auf Fabriken, nicht auf Handwerk und Hausindustrie zu erstrecken habe und nur auf solche Fabriken, Berg- und Hütten-Unternehmungen u. s. w., welche wenigstens 10 männliche oder weibliche Arbeiter beschäftigen, auszuweiten sei; erstens namentlich, weil die Sittlichkeit in den Fabriken ungleich mehr bedroht sei, beantragt er, daß die Enquete von einer unter Mitwirkung des Reichstags einzulebenden Centralcommission, in welcher unter amtlichem Vorbehalt Arbeiter und Arbeitgeber zu eben gleicher Zahl Vertretung haben, zu leiten sei, daß die Ausführung theils durch Localcommissionen (Ortspolizeibehörden) zu erfolgen habe, in denen neben den leitenden Beamten und den an Zahl gleich vertretenen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auch Sachverständige fungiren, theils durch Specialcommissionen, welche mit der besonders eingehenden Untersuchung einzelner Fragen von der Commission zu betrauen wären. Reiner schließt unter großem Beifall der Versammlung. Der Ergrüßte Herr v. Sassen ist in den Saal getreten, die Versammlung begrüßt ihn durch Erheben von den Plätzen. Der Correspondent Ludwig Wolff beantwortet, die Enquete möge sich auch darauf erstrecken, in welcher Weise die Behörden sich die Durchführung der Reichsgewerbeordnung in ihren diesbezüglichen Bestimmungen haben anlegen lassen, daß die Enquete auch das gewerbliche Hilfsstellenwesen in das Auge fass.

An der Specialdebatte theilnehmen sich die Herren Engel, Janzon, May, Hirsch, Dr. Weiskopf, welcher letztere ausführt, es sei nicht richtig, daß den Arbeitern die Kenntniss des Gesetzes fehle, um auf Durchführung desselben zu wirken. Referent spricht gegen den ersten Theil des Antrages des Correspondenten, welcher abgelehnt wird.

Nach längerer Specialdiscussion werden die ersten beiden Anträge des Referenten Professor Neumann angenommen, nachdem Correspondent Ludwig den Antrag, die Enquete auch auf die gewerblichen Hilfsstellen auszuweiten zurückgezogen hat.

Zu lebhaften Debatten gab der Antrag des Referenten Veranlassung, die Enquete möge sich nur auf die Fabrik- nicht auch auf die Hausindustrie erstrecken.

Vertheilte Reiner, namentlich die Herren Correspondent Ludwig-Wolff, Engel-Leipzig, Engel-Berlin gaben Mittheilungen, wie nachtheilig in physischer wie moralischer Beziehung gerade die Hausindustrie sei, namentlich auch in Bezug auf die Kinder. Wenn man davon abstehe, die Hausindustrie zur Untersuchung heranzuziehen, so bleibe die halbe Arbeit ungethan.

Sasse (Berlin) Weigel (Berlin) heben gleichfalls hervor, daß die Hausindustrie Schuld an einem großen Theil der Mißstände trage; es möge das öffentlich ausgesprochen werden, wenn man aus praktischen Gründen davon Abstand nehme, die Enquete auf die Hausarbeit auszudehnen. Engel-Berlin beantragt, es möge die Enquete nicht nach den Anträgen des Referenten auf Fabriken, sondern auf gewerbliche Anstalten, welche 7 Personen beschäftigen, ausgedehnt werden. Referent glaubt, daß wirklich praktische Resultate nur erreicht würden, wenn Beschränkungen eingehalten würden. Aus demselben Grunde habe Reiner ausdrücklich die Enquete nicht auf die landwirthschaftlichen Arbeitsverhältnisse ausgedehnt wissen wollen. Die Anträge des Herrn Engel-Berlin werden von demselben zurückgezogen. Die auf die Organisation der Enquete-Commissionen gemachten Anträge des Referenten werden von der Versammlung genehmigt. Der Antrag von Gert (Hamburg), die Versammlung möge in eine Petition an den Reichstag die Veranlassungen einer solchen Enquete beantragen, wird angenommen.

Darmstadt, 10. October. [Schulgesetz-Debatte.] Der Telegraph wird Ihnen, schreibt man der „F. Z.“, beim Eintreffen dieses Briefes bereits übermittelt haben, daß in der heutigen Sitzung der ersten Kammer der Communal-Schule mit 16 gegen 10 Stimmen abgelehnt wurde. Von den Ständesherren stimmte bloß Fürst Hohenlohe-Schillingen, weiter Waffersleben, Dornseiff, Bernher, Dr. Krug, v. Stark, endlich Prinz Alexander, für die Regierungsvorlage. Die Communal-Schule ist der Cardinalpunkt des ganzen Gesetzes, mit ihrer Abweisung ist das Gesetz selbst so gut wie gescheitert, da eine Verständigung hierüber selbst bei gegenseitigem Entgegenkommen wegen der diametralen Gegensätze kaum denkbar ist. Das Votum unserer Partei hat bei der in alle Schichten der Bevölkerung gedruckenen



Agitation über die Schulfrage nicht geringe Sensation hervorgerufen und wohl noch nie war die allerdingst auf kein großes Publikum bezogene Gallerie unserer ersten Kammer so überfüllt, als am heutigen Tage. Die Beratung des Gesetzes wird übrigens morgen fortgesetzt und zum Schluß geführt; da dies notwendig ist, wenn die Regierung von ihrem verfassungsmäßigen Rechte der Durchstimmung der Gesetzesvorlage durch beide Kammern in der nächsten Legislaturperiode Gebrauch machen will. Man hört vielfach die Meinung aussprechen, daß alsbald nach Abschluß der Budgetberatungen die Regierung die Stände verabschieden werde, um dem dann alsbald neu einzuberufenden Landtage die Vorlage wieder zu unterbreiten und doch ist dies nur eine vielfach ventilirte Vermuthung.

**Neustadt a. d.ardt, 12. October.** [In der heutigen Gemeindeversammlung] wurde einstimmig die Einführung confessionell gemischter Volksschulen beschlossen; der katholische Pfarrer Müntz sprach sich gegen, der protestantische Pfarrer Seyser für die Errichtung aus.

## Deſterreich.

**Wien, 13. October.** [Der Conſtikt mit der Türkei.] Die „Montagsrevue“ bringt einen anscheinend officiellen Artikel, in welchem das schroffe Verhalten der türkischen Regierung gegenüber der österreichisch-ungarischen Regierung beklagt wird. Die türkische Regierung habe die von ihr und von der österreichisch-ungarischen Regierung gemeinschaftlich geführte Untersuchung betreffs der Vorgänge in Bosnien abgebrochen und sich mit einer einseitigen Darstellung derselben an die übrigen europäischen Mächte gewendet. Wenn schon nun das gedachte Memoire in der formlosesten Weise den Mächten mitgetheilt worden sei und keine Unterschrift trage, so sei doch nicht anzunehmen, daß dasselbe ohne Intervention der türkischen Regierung zu Stande gekommen sei — was zu ersten Erwägungen Anlaß geben müsse. Die „Montagsrevue“ weist demnach die gegen die österreichischen Conſuln erhobenen, unbewiesenen Beschuldigungen entschieden zurück, bezeichnet dieselben als grundlos und hebt weiter hervor, daß auch die Anwesenheit des Fürsten Milan von Serbien in Wien türkischer Seite zu Kundgebungen benutzt worden sei, die eine ziemlich energische Zurückweisung von Seiten Oesterreichs und ziemlich kleinlauten Entschuldigungen auf Seiten der Türkei zur Folge gehabt hätten. Der Artikel schließt mit den Worten: „Die Türkei muß endlich wissen, daß Oesterreich-Ungarn zwar keinerlei Interesse hat, den Zerlegungsproceß der Türkei zu beschleunigen, dafür aber gewisse Rücksichten und die dankbarsten Sympathien des Sultans und der türkischen Regierung zu fordern berechtigt ist. Das Wiener Cabinet wird jedenfalls der unklaren Situation ein Ende machen und ausgiebige Genugthuung beanspruchen.“

**Wien, 13. October.** [Er. Majestät dem deutschen Kaiser] sind für die Dauer seines hiesigen Aufenthaltes zur Dienstleistung zugetheilt; der General der Cavallerie Graf Reiperg, der General-Adjutant General-Major Graf Pejacevich, der Oberst Fürst Joseph Windischgrätz, der Oberstleutnant von Krieghammer, eine Deputation des 34. Infanterie-Regiments „Deutscher Kaiser und König von Preußen“, und der Rittmeister Koenigswald. Die Reise des Kaisers wird voraussichtlich am 21. October Abends oder am 22. October Früh erfolgen. Dem Großherzog von Baden, welcher mit seiner Gemahlin am 16. October 9½ Uhr Abends hier eintrifft, sind zugetheilt: der Artillerie-Director General-Major Tiller von Turnfort und der Major im 5. Husaren-Regiment Gálgozsy de Galantha. Zur Dienstleistung bei dem Prinzen Carl von Preußen sind commandirt der Commandant der 2. Infanterie-Brigade, General-Major Freiherr von Catty und Rittmeister Freiherr Mertens.

## Schweiz.

**Aus der Schweiz, 8. October.** [Zur Verfassungsrevision] schreibt man der „R. Z.“: Es wäre ein Wunder gewesen, und auf solche pflegt die practische Politik nicht zu rechnen, wenn das in seinem Hauptvorstadium jetzt zum Abschluß gekommene Revisionswerk, auch abgesehen von der ultramontanen Gegnerschaft, ohne Anfechtung geblieben wäre, und es war vorauszusetzen, daß die radicalen Bedenken gegen den zu Stande gebrachten Compromiß namentlich aus der deutschen Schweiz kommen würden. Eine Auseinandersetzung in der „Neuen St. Galler Zeitung“ bringt die vom reviditionsfreundlichen Standpunkte aus gelegten Befürchtungen zum Ausdruck, aber diesem schwarzschattigen Bild in die Zukunft darf man mit allem Grund misstrauen. Wenn dem angenommenen Princip der Gruppen-Abstimmung entgegengetreten wird, so kann die letzte Entscheidung über die Richtigkeit dieses oder des Projectes der Gesamt-Abstimmung nur die Entscheidung selber geben, aber der Mißerfolg der vorjährigen Revisionsversuche kam doch zugestandenener Maßen daher, daß sich die Gegner der einzelnen Reformvorschlüge, zu denen einzeln der Abstimmende oft einen ganz verschiedenen Standpunkt einnahm, in der Gesamt-Abstimmung vereinigten. Allerdings kann der jetzt vorgeschlagene Modus das Resultat haben, daß für einzelne Gruppen die notwendige Stimmenzahl der Cantone und der Volksabstimmung nicht erreicht wird, aber ganz gewiß darf man annehmen, daß für eine andere Anzahl eine große Mehrheit gewonnen wird. Und diejenigen Gruppen, wofür dies feststeht, sind gerade solche Fragen, deren Bejahung durch das Schweizervolk nicht bloß im schweizerischen, sondern europäischen und allgemein menschlichen Interesse liegt. Ob in der so wie so sprachlich geschiedenen Schweiz die eidgenössische Redetheilheit, die auch der radicalste Einzelreform nicht mit einem Schlage wird durchsetzen können, ein Jahr früher oder später theilweise zur Ausführung gelangt, ist weniger wichtig, als daß gerade jetzt ein offenes Stellungnehmen der Eidgenossenschaft als Gesamtheit gegen das Romertum im Lande durch den Volkswillen besiegelt wird. Mit ganz richtiger Würdigung der Verhältnisse und namentlich der Wichtigkeit des Zeitmoments haben die Staatsmänner, welche sich für die Gruppen-Abstimmung entschieden, nicht wieder die Gefahr laufen wollen, daß durch unrichtige Fragestellung das Verdict der Eidgenossenschaft in dem kirchlich-politischen Entscheld selber unrichtig ausfalle, wie dies vor anderthalb Jahren der Fall war. Uebrigens sind die Befürchtungen, daß in anderen, allerdings wichtigen Fragen die Trennung notwendig zum Scheitern der Reform führen werde, durchaus noch nicht begründet, während der Beweis dafür vorliegt, daß jene Verbindung die Reform auf allen Gebieten vorläufig verhindert hat. Auch darf nicht vergessen werden, daß die abgeschwächten Aenderungen, z. B. in den Militärwesen und auf dem Rechtsgebiet, als Zugeständnisse an die früher antirevisionistischen Elemente diesen doch auch gewisse moralische Verpflichtungen auferlegen und daß nicht alle die Haltung des Herrn Nationalraths Dubs einnehmen werden. In dem das Schweizervolk zur gruppenweisen Abstimmung schreitet, befolgt es nur den allerwährten Napoleonschen Schlachtplan, die Gegner einzeln zu schlagen — und wir zweifeln nicht — es wird sie schlagen.

**Bern, 9. Oct.** [Kirchliches.] — Vosagung von der Internationalen. Der Regierungsrath des Cantons Bern hat so eben eine Verordnung erlassen, welche über die gegenwärtigen katholischen Kirchengemeinden im Jura bis auf Weiteres zum Behufe der Pastoration eine neue Kreisabtheilung verfügt. Diese Maßregel ist

durch folgende Erwägungen motivirt: „1) dadurch, daß durch Urtheil des Appellations- und Cassationshofes des Cantons Bern vom 15. September abhin 69 katholische Pfarrengemeinden von ihren Pfarrestellen in den betreffenden Kirchengemeinden abbesessen worden und auf so lange nicht wieder wählbar erklärt sind, als sie ihre Protestation vom Februar 1873 nicht zurückgezogen haben; 2) dadurch, daß es unter diesen Umständen und mit Rücksicht auf die kirchliche Auflösung des bisherigen Bisthums Basel Pflicht der Regierung ist, für die Befriedigung der religiösen Bedürfnisse der genannten Bevölkerung durch Einsetzung neuer Pfarren und eines geordneten, vom Staate anerkannten und subventionirten katholischen Cultus zu sorgen; 3) dadurch, daß hierbei die Wahl und Einsetzung der neuen Pfarren durch die Regierung dormalen als der einzig mögliche modus vivendi erscheint; 4) dadurch, daß die geringe Ausdehnung eines Theiles der gegenwärtigen katholischen Kirchengemeinden eine einstweilige Reduktion, resp. Verschmelzung dieser Kirchengemeinden in pastoraler Beziehung rechtfertigt; 5) dadurch, daß im Uebrigen einer späteren definitiven Neugestaltung der katholischen Kirche im Canton Bern nicht vorgegriffen werden soll.“ Was die 69 rentierten Geistlichen betrifft, so ist diesen durch ein Schreiben des Präfecten in Pruntrut unter dem 7. d. mitgetheilt worden, daß ihnen das Urtheil des Appellations- und Cassationshofes, betreffend ihre Amtsentsetzung, nächstens zugehellt werden wird, daß ihnen vom Augenblicke der Zustellung dieses Urtheils an eine jede kirchliche Function, selbst die ihnen durch das Decret vom 28. April 1873 seither gestattete untersagt ist, und gegen sie im Falle Ungehorsams mit aller Strenge vorgegangen werden wird, und daß sie innerhalb einer Frist von vierzehn Tagen von diesem Zeitpunkt an die von ihnen inne gehaltenen Pfarren zu räumen haben. Das in Pruntrut erscheinende ultramontane „Pays“, welches das Schreiben des Präfecten mittheilt, ruft die Gläubigen zur Sammlung; man wisse, woran man sei. — In Genf haben sich der Monteur- und Graveur-Verein von der Internationale losgesagt.

## Italien.

**Rom, 8. October.** [Bonghi über des Königs Reise.] In der politischen Uebersicht des soeben erschienenen Octoberheftes der „Nuova Antologia“ (welche in Italien den Platz der „Revue des deux Mondes“ einnimmt) weist der aus Berlin und Wien zurückgekehrte Deputirte Ruggiero Bonghi nach, wie die Frankreich drohende bourbonische Restauration in Italien den allgemeinen Wunsch eines intimeren Einverständnisses mit Deutschland und Oesterreich reg gemacht habe. Indem das Ministerium dem Könige zu seiner Reise nach Wien und Berlin rief, sei es nur der Dolmetsch der öffentlichen Meinung gewesen. Die italienische Politik habe es in Wien erreicht, jegliches Hinderniß aus dem Wege zu räumen, das gewisse alte Renciantenzen einem intimeren Zusammengehen mit der österreichisch-ungarischen Regierung entgegenstellen konnten. Man habe in Berlin gesehen, wie sowohl Regierung als Volk den Gedanken haben, daß jede Schlappe für die nationale und liberale Partei in Italien ebenfalls eine Gefährdung und Schädigung der nationalen und liberalen Partei in Deutschland sei. Dieser Accord sei der Lage der Dinge entsprungen. Daraus folge indessen noch keine practische Stipulation, weder über die Art, in welcher die drei Staaten: Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien, sich Frankreich gegenüber zu verhalten hätten, noch über die Haltung, welche der Kirche gegenüber und im Falle eines Conciliums zu beobachten wäre. Die liberale Partei in Frankreich sollte mit der Haltung der italienischen Regierung zufrieden sein. Diese würde, so viel an Italien läge, dazu beitragen, zu verhindern, daß die clericalen und reactionäre Partei die Restauration Heinrichs V. ins Werk setze, oder wenigstens zu verhindern, daß eine eventuelle Restauration von jener Partei allein und nach ihren alleinigen Wünschen ausgebeutet würde. „Jetzt kann Frankreich keinen Frieden, keine Sicherheit und keine guten Beziehungen mit dem Auslande erhoffen, es wäre denn unter der Bedingung, daß die clericalen Partei nicht das Uebergewicht erhalte, oder wenigstens, wenn sie dennoch durchdränge, nicht auf die Dauer behalten könne.“

In ähnlichem Gedankengange, schreibt man der „R. Z.“ von hier, bewegt sich ein in der „Perserveranza“ veröffentlichter Artikel derselben Feder. Bonghi wirft von Rom aus in einem längeren Artikel einen Rückblick auf die Eindrücke, die er von dort mitgebracht, und auf die Resultate, welche die Reise des Königs in ihrem Gefolge hatte. Franz Joseph, so läßt sich der Grundgedanke dessen, was Bonghi über den Aufenthalt in Wien sagt, kurz zusammenfassen, bestiegte durch den gastfreundlichen Empfang des Königs von Italien die neue Politik, welche die Verjüngung des Kaiserreichs zum Ziele hat, indem sie der Idee des Föderalismus und der Freiheit einen immer weiteren Spielraum gönnt. Da diese neue Politik in Wien immer mehr durchdringen und selbst im Schoße der kaiserlichen Familie Wurzel zu schlagen begünne, so müsse man dem herrlichen Empfang, den Victor Emanuel bei dem Kaiser fand, den größten Werth beilegen. „Ander“, fährt Bonghi fort, „verhielten sich die Dinge in Berlin. Hier lag der Reise des Königs eine ausschließlich politische Idee von der allerbestimmtesten Natur zu Grunde. Die Reise war in Preußen, sie war bei uns — nicht sowohl vom König, als vom Lande — gewünscht worden. Vielleicht würde sich die Stimmung des Landes nicht mit solcher Einhelligkeit ausgesprochen haben, wenn man in Frankreich nicht der bourbonischen Restauration gestattet hätte, sich mit solcher Sicherheit anzukündigen, und wenn dieselbe nicht so trübe Erwartungen erregt hätte. Angesichts dieser Erstarkung der clericalen Partei in Frankreich und Italien schien es aller Welt nicht allein nützlich, sondern notwendig, darzutun, daß die preussisch-italienische Allianz von 1866 nicht alle ihre Kraft erschöpft habe, und daß die nämlichen Anti-Clericalen und Liberalen, welche in beiden Staaten vorherrschen, jene Allianz, als für die Existenz und Wohlfahrt der beiden Staaten notwendig, um jeden Preis aufrechterhalten wollen.“

Dagegen Bonghi nicht an den Abschluß von Verträgen glaubt, so erklärt er sich doch für überzeugt, daß sowohl in Wien, wie in Berlin ein Ideenaustausch stattgefunden, wie man sich gewissen Geinthalten gegenüber verhalten wolle, und daß die Reise im Allgemeinen vom Gesichtspunkte des europäischen Friedens aus eine große Bedeutung habe.

Hier ist es ausgefallen und wird auch von der Oppositions-Preſſe nicht ungerührt gelassen, daß ein der italienischen Regierung so nahe stehender Publicist wie Bonghi über die, wie man allgemein erwartet hatte, von nun an etwas entschiedenere Haltung derselben dem Vatican gegenüber auch nicht ein einziges Wort fallen läßt, während man glaubt, daß er nicht verfehlte habe würde, sich in den ausführlichsten Artikeln über dieses Thema zu ergeben, wenn man die Absicht hätte, das famose Garantiegesetz im Gegentheil noch mehr zu Gunsten des Clerus ausulegen. Dagegen bemächtigt sich wider Erwarten das „Journal de Rome“ dieses Themas, indem es seinem Erscheinen oder vielmehr seinen Befürchtungen Worte leiht, wenn es wahr sei, daß der Siegelbewahrer des Königsreichs den gegenwärtigen Augenblick für geeignet halte, der Kammer ein Gesetz über die Beziehungen zwischen Staat und Kirche vorzulegen, was nicht mehr und nicht minder als eine der größten Unthätigkeiten begehren ließe. Die Leidenschaften seien jetzt noch in allzu großer Gährung und müßten sich erst beruhigen, um den Erwägungen des kalten Verstandes Platz zu machen. Im

Uebrigen will das „Journal de Rome“ wissen, daß es sich nur um ein Gesetz handle, das die dem Clerus zugestandenen Freiheiten genau bestimmen solle; aber auch damit ist es nicht einverstanden, da es befürchtet, man werde dem Germanismus verfallen, was es für den größten Irrthum erklärt, den Italien begehren könne. Wenn es nach dem „Journal de Rome“ ginge, müßte somit Alles beim Alten bleiben, und die „freie Kirche“ dürfte nach wie vor den „freien Staat“ bekämpfen, bedrohen und unterwühlen, so viel sie Lust hat.

[Zur Veräußerung der Kloſtergüter.] Die Octoberseſſe, schreibt man der „R. Z.“, sollen, wie sich's anſieht, für die Klosterfamilien in diesem Jahre noch weniger mit da sein als im letzten Herbst, denn weder die Liquidationscommission noch der Intendant der Finanzen will mit der Veräußerung ihres mediatisirten beweglichen und unbeweglichen Besitzes länger warten. Hier ellenlange Bekanntmachungen mit vollständigen Verzeichnissen laden zur Subhastation auf den 10., 13., 24. Octbr. und 4. Novbr. nach Grosfalone, Civitacastellana, Terracina, Viterbo etc. In Grosfalone kommen die in 15 Parzellen abgetheilten Pfändbesitzer des Bisthums Ferentino, ebenso in Viterbo die des dortigen Bischofs unter den Hammer. Die Art bleibt also nicht mehr nur an den Baum gelegt, sie wälzt ihres Geschäfts. Auch hier kam es gestern wider die Kloster Santa Ursula, Traspontina (Carmeliten), Sta. Cecilia (Benedictinerinnen), Sta. Maria sopra Minerva (Dominicaner), S. Biagio e S. Carlo al Catinar (Barnabiten) zu einer neuen Entscheidung, indem den Insassen durch eine Baucommission die vollständige Räumung intimirt wurde. Dagegen ist eben die Erhaltung des Convents der Scala Santa (heilige Treppe) im Lateran entschieden worden, weil er von Plus IX. aus eigenen Mitteln in den letzten Jahren gebaut ward. Die Passionisten, gegenwärtig die Custoden der h. Treppe, werden auch ferner die anliegende Kapelle mit dem von keiner Menschenhand gemalten Wunderbilde des Erlösers hüten.

## Amerika.

**Newyork, 20. September.** [Zu den Wahlen.] General Butler. — Die Eisenbahn-Frachtfrage. — Die Wasserstraße über die großen Seen. Die Wahlen in Maine, die am 8. September stattfanden, haben, wie dies nicht anders zu erwarten war, eine bedeutende Majorität für die Republikaner ergeben. Die Vertheilung, schreibt man der „R. Z.“, war ziemlich flau; es wurden etwa 80,000 Stimmen abgegeben (gegen 127,000 im vorigen Jahre) und die republikanische Majorität mag sich auf etwa 10,000 belaufen. Anders in Californien. Die Central-Pacific-Eisenbahn hatte allmählig unter den Repräsentanten dieses Staates und mittelbar durch diese im Senate der Vereinigten Staaten einen solchen Einfluß erlangt, daß es eine Zeit lang schien, als ob es kein Mittel mehr gäbe, der fast unbeschränkten Macht dieser Compagnie entgegenzutreten. Als der Druck schließlich zu arg wurde, bildete sich eine neue Partei, die nur Anti-Monopolisten (Gegner der Eisenbahn) als Candidaten für die erledigten Sitze im Repräsentantenhause aufstellte und ihre Wahl durchsetzte. Die alten Parteiverhältnisse sind in Folge dessen wenigstens suspendirt, und wenn auch officielle Blätter behaupten, daß hier weder von einer Niederlage der einen oder der anderen Partei die Rede sein könne, so sind doch solche Beispiele unter den gegenwärtigen Umständen sehr gefählich. Als Candidat für die Senatsstelle wird Gouverneur Booth genannt, der als Hauptagitator in der Eisenbahnfrage rasch eine große Popularität erlangt hat. Einer der durchgefallenen Eisenbahn-Directoren hat in einer Versammlung zu Sacramento den Arbeitern angekündigt, daß die letzten Wahlen ein bedeutendes Fallen ihrer Aktien zur Folge haben würden und die Compagnie nicht in der Lage sei, die Arbeiten in gleichem Umfange wie bisher fortzuführen, sondern eine große Anzahl der Leute entlassen müsse. — General Butler hat in der republikanischen Staatsconvention zu Worcester die Nomination als Gouverneur nicht erhalten; es ist aber auch seinen Gegnern nicht gelungen, den alten Fuchs aus der Partei zu vertreiben, und seine Stellung ist im Augenblicke gewiß nicht schlechter, als sie vor der Convention war. Ueber die Niederlage Butlers herrschte bereits am Vorabende der Nomination kein Zweifel; die brennende Frage war nur noch, wie Butler den Schlag aufnehmen und ob derselbe zu einer Spaltung der Partei führen würde. Es war nämlich ein offenes Geheimniß, daß wenigstens die Hälfte der Anti-Butlerianer gegen die Praxis der Partei-Disciplin auch dann nicht für Butler stimmen würde, wenn er von der Convention nominirt sollte. In Folge dessen stellte Butler kurz nach Beginn der Versammlung den Antrag, einen gewissen Green, der sich in diesem Sinne geäußert hatte, von der Liste der Delegaten zu streichen. Nach heftiger Discussion wurde dieser Antrag mit 584 gegen 539 Stimmen an das Comité für Wahlprüfungen verwiesen, und das war für Butler das Signal zum Rückzuge. In den Verhandlungen war eben eine Pause eingetreten und nach der Wiedereröffnung erklärte derselbe, unter wiederholter Bezeugung seiner Ergebenheit an die republikanische Partei, daß er von der Candidatur zurücktrete. Es folgte dann die Nomination Washburnes durch Acclamation und die Verlesung des Programms, das in scharfen Ausdrücken die Handlungsweise aller Congressmitglieder, die für geleistete und zukünftige Dienste ein unverhältnismäßig hohes Salair acceptirt haben, verdammt, gegen die unbeschränkte Einmischung von Bundesbeamten in die Lokalpolitik einzelner Staaten energisch protestirt und vom Präsidenten die Absetzung solcher Beamten verlangt und schließlich Regulirung der Eisenbahnfrachtfrage durch den Congress empfiehlt. Eine solche Sprache aus dem Staate, der bisher für das stärkste Bollwerk der republikanischen Partei galt, kann unmöglich in Washington ihre Wirkung verfehlen. Der Umstand, daß fast keine größere politische Versammlung in den letzten Wochen stattgefunden hat, die nicht einen Paragraphen über billige Transportmittel in ihr Programm aufgenommen hätte, scheint zu der Hoffnung zu berechtigen, daß die Frage einer rascheren Lösung entgegengeht, als man bei ihrer Schwierigkeit und den vielen collidirenden Interessen erwarten sollte. Die vom Senate zur Untersuchung des Gegenstandes eingesetzte Commission hat ihre Rundreise nahezu vollendet und wird zum Schluß mit den Delegaten der westlichen Granges (Farmervereinen) in Chicago zusammentreffen. Von allen bis jetzt aufgetauchten Projecten scheint keines größere Vortheile zu bieten, als die bisherige Wasserstraße über die großen Seen, vorausgesetzt, daß die Canäle, die den tiefen angeschwollenen Verkehr nicht mehr zu fassen vermögen, erweitert und verbessert werden. Ein mächtiger Stimulus für die Yankees ist die Concurrenz Canadas, das vermittelst des Welland- und St. Lawrence-Canals bereits 12 bis 13 Millionen Buſhels nordamerikanischen Getreides exportirt hat und den Sommerport der Vereinigten Staaten durch die Verbesserung der genannten Canäle an sich zu bringen sucht.

[Zu den Untersuchungen über den Credit Mobilier von Canada] sind allerdings bis jetzt keine Beweise für ein definitives Uebereinkommen zwischen der Regierung und Sir Hugh Allan ans Tageslicht gekommen; allein, trotzdem will man hier nicht recht an eine Rechtfertigung der canadischen Minister glauben. Es steht einmal fest, daß Sir Hugh Allan 40,000 Dollars zum Wahlfonds beigetragen hat, und kein Yankee läßt sich überzeugen, daß er dies ohne Absicht auf bestimmte persönliche Vortheile gethan habe.

[Von der Nordpol-Expedition.] Nachdem schon am 12. Sep



temper gütliche Nachrichten über die amerikanische Nordpolfahrt ein-  
gelaufen waren, wurde gestern die Ankunft von 10 Mitgliedern der  
Expedition, unter ihnen Dr. E. Bessis und Capitän Buddington, in  
Dundee, Schottland, gemeldet. Die Regierung hat die kühnen See-  
fahrer der Färsorge des dortigen Consuls empfohlen und ihn zugleich  
beauftragt, ihre Weiterreise mit dem nächsten Dampfer zu veranlassen.  
[Das gelbe Fieber] grassirt in einigen südlichen Staaten in  
wahrhaft schrecklicher Weise; Schreveport, eine Stadt in Louisiana von  
etwa 5000 Einwohnern, ist fast gänzlich entvölkert, und die Bewohner  
von Memphis fliehen nach allen Richtungen, um den Verheerungen  
der Seuche zu entgehen.

[Karl Vogt] ist gestern nach Ablauf der gesetzlichen Frist von  
60 Tagen der Haft entlassen worden, aber sofort auf Grund einer  
Civillage, welche die Erben des ermordeten Chevaliers gegen ihn an-  
gestrengt haben, wieder verhaftet worden.

## Provincial-Beitung.

Breslau, 14. Octbr. Angekommen: Ihre Durchlaucht Fr. Fürstin  
v. Habsfeld-Schönstein, a. Schloß Trachenberg, Mr. Woodruff, Ge-  
neral, aus Newport. Freiber. v. Jedlich-Neutrich, k. k. Regierungsrath,  
aus Bregenz. v. Seebach, k. k. schloß. Staatsminister aus  
Dresden. Aggregat, General nebst Familie, aus Warschau. (Freimbl.)  
[Katholische.] Auf Einladung des hiesigen Gemeinde-Vor-  
standes hat sich Herr Dr. Weber bereit erklärt, Freitag, den 17. d. Mts.  
Abends 7½ Uhr in dem Hotel de Silesie über den Stand der katholischen  
Bewegung einen Vortrag zu halten.

[Geburten und Mortalität.] Im Laufe der letztverfloffenen Woche  
sind hierorts polizeilich angemeldet worden: als geboren 86 Kinder männ-  
lichen und 92 Kinder weiblichen Geschlechts, zusammen 178 Kinder, wovon  
23 außerehelich; als gestorben 60 männliche und 63 weibliche, zusammen  
123 Personen incl. 9 todtgeborener Kinder.

— a Breslau, 13. October. [Verein schlesischer Gastwirthe zu  
Breslau.] In der letzten im Café restaurant abgehaltenen außerordent-  
lichen Generalversammlung wurde unter Vorsitz des Herrn Runke ein  
Nachtrag zum Vereinsstatut durchberathen und angenommen. Ein weiterer  
besonders wichtiger Gegenstand der Tagesordnung war die Discussion über  
die Frage, welche Stellung der Verein gegenüber der von einzelnen Bres-  
lauer Brauereien eingeführten Erhöhung der Bierpreise ein-  
zunehmen habe. Der Vorsitzende führte in längerer Rede aus, daß für  
die Brauereien im Allgemeinen zur Zeit keine Veranlassung zur Erhöhung  
der Bierpreise vorliege. Wenn auch die Gerstenpreise augenblicklich höhere  
seien, so stelle sich dagegen der Hopfen dieses Jahr billiger und die gegen-  
wärtigen Zeitverhältnisse seien geeignet, die Arbeitslöhne eher niedriger als  
höher zu stellen. Diese sich allenfalls ein solches Vorgehen seitens einer  
kleineren Brauerei, welche mit geringen Mitteln arbeite, eher erklärlich und  
entwählbar finden, so sei es andererseits höchst überaus bedenklich,  
daß ein größerer Brauereibesitzer das Signal zu einer Preiserhöhung  
des Bieres gebe. Wenn Jener den Preis des Bieres im Detailverkauf noch  
nicht erhöht habe, so scheine ihm (dem Redner) die Taktik dahin zu gehen,  
erst die Gastwirthe zu veranlassen, mit dem Preise in die Höhe zu gehen,  
damit eben das Odium einer Bierpreiserhöhung auf die Gastwirthe und  
nicht auf den Brauereibesitzer falle. Es sei daher die Pflicht des Vereins,  
die Pflicht jedes einzelnen Mitgliedes, einer Preiserhöhung seitens der Brauereibesitzer  
energig entgegenzutreten. Redner machte unter lebhafter Zustimmung der zahl-  
reichen Versammlung weiter darauf aufmerksam, daß es zunächst am ein-  
fachsten sei, von jenen Herren fernherhin kein Bier zu beziehen. Eine große  
Menge Brauereien von hier und aus der Provinz sei gern bereit, zu dem  
alten Preise gutes Bier zu liefern. Das Resultat der Verhandlung war  
der einstimmige Beschluß, den Vorstand zu ersuchen, in der nächsten Sitzung  
der Versammlung alle diejenigen Brauereien namhaft zu machen, welche das  
Bier zum alten Preise liefern wollen. — Demnach wurde an Stelle des  
Herrn Gustav Herr H. Hübscher in die Waaren-Prüfungs-Commission  
gewählt. Es wurde ferner beschlossen, Freitag, den 21. November, im  
Café auf der Neuen Gasse das Stiftungsfest durch ein Souper zu feiern.  
Mit der Mitteilung, daß in Schneidnitz und Kreuzburg die Bildung von  
Zweigvereinen im Gange sei, wurde die Versammlung vom Vorsitzenden  
geschlossen.

— b Breslau, 13. Octbr. [Staat und Kirche im Comptoir.] Der  
große Auseinandersetzungsproceß, welchen wir heute zwischen Staat und  
Kirche sich abspielen sehen, bewegt nicht allein den Politiker vom Fach, die  
Kammern und die Organe der Öffentlichkeit, sondern erregt auch, wie uns  
die heutige Gerichtsverhandlung lehrt, gar manchen Sturm im Glase  
Wasser.

Das ganze Geschäftspersonal einer hiesigen Firma war mit einander nicht  
bloß collegialisch auf bestem Fuße, sondern sie thaten sich auch, abgesehen  
von den sonstigen Vereinen, denen jeder seine beste Kraft zu widmen hatte,  
zu einem besonderen geselligen Verein zusammen, welchem sie den bezeich-  
nenden Namen „Symphona“ beilegte, ein Name, der zwar sehr gut  
klingt, aber, worüber man sich in den maßgebenden Kreisen wohl nicht den  
Kopf zerbrochen hat, in der griechischen Grammatik schwer seine Begründung  
finden wird. Jedenfalls war damit das harmonische Zusammenklängen der  
Seelen auf das Beste angedeutet. Doch, keine Regel ohne Ausnahme. Die  
leidige Politik oder die Religion, oder besser die politische Religion eines  
einigen der Genossen führte die harmlose Gemüthslichkeit. Im Gegensatz zu seinen  
sämtlich dem Fortschritt huldigenden Kollegen, war er ein darinradiger Verthei-  
diger der neuesten römischen Gesetze, als da sind Syllabus, Encyclica und In-  
fallibilität. Und wenn auch Alle dies für eine vorzügliche Specialität hiel-  
ten, einem, dem Commis A. war Alles dies und auch der Vertheidiger Herr  
G. ein Dorn im Auge und er konnte es daher nicht unterlassen, den letz-  
teren öfter zu „schrauben“. Ohne, daß man gerade in heftigen Streit mit  
einander gerathen wäre, war es dem ganzen Geschäftspersonal bekannt,  
daß Herr A. und Herr G. nicht gut auf einander zu sprechen seien. Wieder  
war nun einmal in der Villa Noba, der Stammsitze der „Symphona“,  
Reinholdabend und Herr G. sollte an demselben sein Geburtsfest  
feiern. Raum war man beifammen und hatte sich in die nöthige Feststimmung  
hineingetrunkene, gesungen und gesprochen, als der Disponent ein  
gelbes Buch vorhielt und aus demselben „die Lebensskizze der heiligen  
Gedichte von Reichendach“ vortrug. Dasselbe war autographirt, mit Zeichnungen versehen und im Ganzen eine höchst schwache Nach-  
ahmung des bekannten Buches „der heilige Antonius von Padua“ von  
Busch. Für 2½ Sgr. konnte Jeder das Glas haben, das opus zu besitzen.  
Nun war es im Ganzen vielleicht nicht so böse gemeint, enthielt aber neben  
den wenig geistvollen Scherzen eine große Menge von Dingen, die, wenn  
sie sich auf eine bestimmte Person bezogen, zweifellose Injurien enthielten.  
Damit darüber aber kein Zweifel bei den Zuhörern entstehe, erklärte der Vor-  
leser von vornherein, daß aus dem Titelbild der Genannte leicht zu erkennen sein  
werde. Das Reklame aus dem Inhalt der Schrift dürfte etwa dahin gehen,  
daß sie, allerdings in etwas überhartem Gewande, den Genannten als  
einen Heuchler darstellte. Und wirklich, wenn der Genannte auch sonst  
Humor genug besitzen hätte, um „Spas zu verstehen“, das ihm zu seinem  
Geburtsfest Gebotene ging ihm doch über den Spas, zumal eben auch deut-  
liche und directe Beleidigungen in der Schrift enthalten waren. Der Autor,  
der natürlich ganz stolz auf seine dichterische Thätigkeit war, unterließ nicht,  
sich als solchen selbst anzugeben, während das Geburtsfest stand sich in die  
einmal gegebene Stimmung der Festesfreude schickte und nicht für seine Feinde  
betete, sondern Herrn Autor A. kurzweg wegen Verleumdung der königlichen  
Staatsanwaltschaft denuncirte und Verurteilung desselben beantragte. Herr A.  
hat auch in der Vorurtheilsung gar nicht angefaßt, seinen Dichternamen  
in ganzem Umfange aufrecht zu erhalten, jedoch bestritten, Herrn G. in der  
Schrift gemeint zu haben. Dies wurde jedoch durch die Zeugenaussage als  
zweifellos sicher festgestellt. Herr G. war unter seinen Kollegen häufig  
„Geläch“, auch der heilige genannt worden und Reichendach zählt ihn zu  
seinen Söhnen. Auch war schon vor Erscheinen der in einer Auflage von  
18 Exemplaren gedruckten Schrift es dem G. zu Ohren gekommen, daß A.  
mit einer gegen ihn gerichteten Broschüre beschäftigt sei. Zudem wurde be-  
kannt, daß die Bekannten des G. ihn aus den Illustrationen der Schrift  
sicher erkannt hätten. Insbesondere war ein kleines Abenteuer mitbenutzt  
worden, nach welchem Herr G. in der Nacht schlafend vor einer Hausthür  
gefunden wurde, ohne daß es ihm gelungen wäre, die bei dieser Gelegen-  
heit verschwandene Uhr mit Rette wieder zu erhalten.

Die heutige Vernehmung bestätigte im Ganzen das Resultat der in der  
Vorurtheilsung gegebenen Zeugenaussage, während der Angeklagte bei  
seiner Vernehmung stehen bleibt, den Herrn G. nicht gemeint zu haben.  
Wenn er gerade gesagt habe „aus Reichendach“ so sei das, wie er angiebt,  
lediglich des Reimes wegen geschehen.

„Der heilige Geläch aus Reichendach“,  
ist ein heiliger seinem Glauben nach.“  
Eine Entschuldigung, die freilich dem Dichter-Talent des Angeklagten  
wenig Ehre macht. Die eble Muse muß überhaupt in der Handlung, in  
welcher die Beleidigungen conditioniren, sich einer ganz besonderen Pflege er-  
weihen — wobei das kommt, ob von den Silberbogen oder von den Conto-  
büchern, daß läßt sich freilich nicht ermitteln — denn auch den als Zeugen  
vernommenen Reisenden erkaute heute die dichterische Begeisterung. Auf die  
Frage nämlich, woher er denn gewußt habe, daß Herr G. gemeint sei, ant-  
wortete er gewandt mit den Worten:

„Das wußt' das ganze Personal,  
vom Hausknecht bis zum Principal“  
und drehte dem Gerichtshof, kaum daß das Wort dem Gehege der Zähne  
entflohen, den Rücken. Es war dies jedoch keineswegs eine beabsichtigte  
Unart, sondern offenbar nur Resultat seiner unflüchtigen Beschäftigung.

Herr Staatsanwalt Prof. Dr. Fuchs ging in seinem Plädoyer davon  
aus, daß in der incriminirten Schrift, wenn auch keine Verleumdung, so  
doch jedenfalls eine Beleidigung des Herrn G. enthalten sei, da seine Be-  
zeichnung in der Schrift genügend erscheine, um für Alle, die Herrn G.  
kennen, ihn als Gemeinteten kenntlich zu machen. Die scherzhafte Form und die  
Bezeichnung sei ja an sich nicht strafbar, wenn aber der Autor sich bis zu  
solchen starken Ausdrücken verberge, wie sie in der Schrift enthalten, so  
sei das nicht bloß unästhetisch, sondern involvire ein Vergehen gegen die  
Vorurtheilsung des Strafgesetzbuchs, welches nicht ungerathen werden  
dürfte. Daher beantragt er eine Geldbuße von 25 Thlrn., welcher im Un-  
vermögensfalle eine Gefängnisstrafe von 8 Tagen zu substituieren und Ver-  
urteilung der incriminirten Schrift.

Herr Rechtsanwalt Lubowski als Vertheidiger stimmte dem Herrn  
Staatsanwalt zunächst darin bei, daß eine Verleumdung dem Angeklagten  
nicht zur Last fallen könne, da die beleidigenden Ausdrücke der Schrift nur  
Urtheile enthielten. Beleidigung aber könne deswegen nicht angenommen  
werden, weil mit Sicherheit nicht nachgewiesen sei, daß Herr A. die Person  
seines Kollegen G. gemeint hat, vielmehr zu vermuten sei, daß letzterer  
dem Autor bei Abfassung der Schrift und Zeichnung der Caricaturen nur  
unbestimmt vorgekommen habe. Jedenfalls aber sei das beantragte Strafmaß  
zu hoch bemessen.

Der letzteren Ansicht schloß sich der Gerichtshof an und verurtheilte den  
Angeklagten zu 10 Thlr. Geldbuße, sprach auch die Vernichtung der incriminirten  
Schrift aus.

\*\* Bunzlau, 12. October. [Lehrergehaltsfrage. — Theater. —  
Wissenschaftlicher Verein. — Volksbibliothek.] In Betreff der  
Lehrergehaltsfrage für alle hiesigen städtischen Anstalten sind neuerdings  
wieder von der Stadtverordneten-Versammlung Beschlüsse gefaßt worden,  
auf deren selbständige Verprechung wir verzichten müssen, um uns nicht,  
wie das bei ähnlichen Gelegenheiten geschehen, Anfeindungen mangelhafter Art  
auszusetzen. Wir beschränken uns deshalb darauf, den bezüglichlichen Theil  
eines vom hiesigen „Courier“, dessen Redacteur unseres Wissens selbst  
Stadtoberordneter ist, gebrauchten Protokollauszuges Ihnen mitzutheilen und  
überlassen alle Abstraktionen davon Ihren Lesern. Der „Courier“ schreibt:  
„Ein Heft der von der Stadt hiesig für Schulzwecke dargebrachten Opfer  
belobigend an, erklärt andererseits aber die vor wenigen Monaten einge-  
tretenen Gehaltsaufbesserungen noch nicht ausreichend. Die Regierung  
nimmt darin das Recht für sich in Anspruch, eine zeitgemäße Befolgung der  
Lehrer zu verlangen, namentlich fordert sie für den Rector und die Lehrer  
an der höheren Mädchenschule eine dem Normal-Gehalt entsprechende Be-  
sorgung und in zweiter Linie auch für die der Bürgerschule, wo Alters-  
zulagen empfohlen werden. Bei der Wichtigkeit für die städtischen Finanzen  
schlägt Magistrat die Einsetzung einer gemischten Commission zur Vorber-  
athung der Sache vor, in welche von der Versammlung die Stadtober-  
ordneten Müller, Lepper, Diebig, Winkberg und Sommer gewählt werden.  
Gleichzeitig willigt auch die Versammlung in die Trennung des Gehalts der  
höheren Lehrer- und Bürgerschule. — Eine andere für den Finanzhaushalt  
nicht minder wichtige Vorlage ist ein eingegangenes Ministerial-Decret,  
betreffend unser Gymnasium. Durch die bei Beginn dieses Jahres einge-  
tretene Erhöhung sämtlicher Lehrer-Gehälter am Gymnasium in Summa  
von 1950 Thlr. ist der Staats-Normal-Gehalt noch nicht erreicht. Da nun  
inzwischen die Amtsentsetzung des Lehrers M. ausgesprochen und diese Stelle  
nicht mehr besetzt wird, so fordert der Minister eine Vertheilung dieses Ge-  
halts in der Art, daß davon 100 Thlr. auf die Rectorstelle und 400 Thlr.  
auf die übrigen acht Lehrstellen entfallen; daß ferner der Gehalt einer zu  
Offen durch Aufhebung einer Realklasse eingehenden Stelle ebenfalls in  
ähnlicher Weise zur Vertheilung komme, wo alsdann der Normal-Gehalt fast  
ganz erreicht sein werde. Schließlich verlangt der Minister nach sechs Mo-  
naten Bericht. Aus der Versammlung wird hiergegen die Thatsache (??)  
in Erinnerung gebracht, daß bei der letzten Erhöhung des Gymnasial-Gehalts  
von den städtischen Behörden der damals erwartete Ausfall jener beiden  
Stellen, ganz besonders aber die 500 Thlr. des M. schon in Mitrechnung  
genommen und daraufhin die Gehalts-Erhöhung um 1950 Thlr. beschlossen  
worden sei. Es wird ferner darauf hingewiesen, daß die vom Landtage  
bewilligte Summe für Subvention nichtstaatlicher Gymnasien noch nicht  
abgehört sei und über deren Verwendung der bald zusammenzutretende Lan-  
tag, wie verlautet, Rechenschaft fordern werde. Aus diesen und anderen (??)  
Gründen mehr beschließt die Versammlung eine viermonatliche Ver-  
tagung der Sache.“ — Der Theaterdirecteur Schiemang, der übrigens, bei-  
läufig bemerkt, in einigen Tagen sein 25jähriges Director-Jubiläum feiert,  
hat mit seiner neu engagierten Gesellschaft auf dem hiesigen Stadttheater  
fünfzehn Vorstellungen gegeben, die sich der wärmsten Theilnahme des  
Publikums erfreuen. Von hier ist die Gesellschaft gestern nach Zittau ab-  
gegangen, wo sie bis Neujahr Vorstellungen geben wird. — In der am  
vorigen Montage abgehaltenen ersten Sitzung des „wissenschaftlichen  
Vereins“ wurde zunächst die Vorstandswahl vorgenommen, wobei der  
vorjährige Vorstand (Rector Giersberg), Oberlehrer Dr. Schmidt  
und Gymnasial-Lehrer Dr. Rhode und Dr. v. d. Velde, Kreis-  
baumeister Schiller) wiedergewählt wurde. Demnach wurde dem Kassier  
nach erfolgter Rechnungslegung Decharge erteilt. Durch die im vorigen  
Winter von einigen Vereinsmitgliedern gehaltenen öffentlichen Vorträge ist  
eine Einnahme von 93 Thlr. 10 Sgr. und nach Abzug der Kosten ein  
Reinertrag von 72 Thlr. 15 Sgr. erzielt worden. Davon sind schon am  
Schlusse des vorigen Jahres dem hiesigen Rettungsausschuß 25 Thlr. und  
einen unbemittelten Abiturienten des hiesigen Gymnasiums bei seinem Ab-  
gange zur Universität ebenfalls 25 Thlr. überwiesen worden. Ueber die  
Verwendung der Restes beschloß nun der Verein, daß 10 Thlr. der am  
1. October eröffneten Volksbibliothek zufließen, und das Uebrige zu  
einer Weihnachtsgabe für die Kleinkinder-Bewachranstalt verwendet wer-  
den soll. In Folge dieses so äußerst günstigen Resultates des  
im vorigen Jahre gemachten „Versuches“ beschloß der Verein einstimmig,  
auch in diesem Jahre einen Callus von 6 öffentlichen Vorträgen zu gemein-  
nützigen und wohlthätigen Zwecken zu veranstalten; 6 Mitglieder fan-  
den sich sofort bereit, die Vorträge zu übernehmen. — Die vom  
hiesigen Gewerbeverein ins Leben gerufene „Volksbibliothek“ ist am  
1. October in einem von den städtischen Behörden bereitwillig herge-  
gebenen Locale eröffnet worden. Durch Ankauf, Geschenke und Ueber-  
weisung von Büchern seitens des Gewerbe- und des Humboldtvereins  
ist die Bibliothek bereits auf eine Stärke von 300 Werken mit circa 600  
Bänden gekommen; sie wird von einer aus acht Mitgliedern bestehenden be-  
sonderen Bibliotheks-Commission verwaltet, an deren Spitze Lehrer Wein-  
knecht steht. Legegebühren werden selbstverständlich nicht erhoben. Haupt-  
sächlich vertreten sind die Fächer der Naturkunde, der Geschichte und Geo-  
graphie und der Gewerbstunde.

— c Girschberg, 13. Oct. [Bürgermeister Präf. — Kreistag. —  
Schlachthaus.] Herr Bürgermeister Präf. ist am vorigen Sonn-  
abend von der Stadtverordneten-Versammlung in Vohum als Bürger-  
meister gewählt worden und hat dem Vernehmen nach bereits die  
Annahme der Wahl erklärt. Sein Weggang von hier ist für die Stadt  
ein großer Verlust. — Für die Abhaltung des zweiten Kreistages  
hier selbst ist als Termin der 27. dieses Monats festgesetzt worden. Gegen-  
stand der Verhandlungen wird u. A. die Wahl zweier Kreis-Deputirten,  
sowie die Amts-Bezirksbildung sein. — In der letzten Stadtoberordneten-  
Sitzung ertheilte die Versammlung dem magistratsrathlichen Antrage auf Er-  
bauung eines öffentlichen Schlachthauses hier selbst ihre Zustimmung. Der  
Bau, auf 15,000 Thlr. veranschlagt, soll im künftigen Jahre zur Ausführung  
kommen.

[Notizen aus der Provinz.] \* Biegnitz. Der hiesige „Anzeiger“ mel-  
det: In Guben wollten zwei Bürger am Donnerstag in angestelltem  
Zustande, trotzdem die Barriere geschlossen war, die Eisenbahn passieren. In  
diesem Moment kam der Schnellzug dahergerauscht und überfuhr die betreffen-  
den Personen derartig, daß man nur Stücke der Körper aufzufinden ver-  
mochte.

+ Glogau. Bei der am Sonnabend stattgefundenen großen Jagd im

Stadtförste wurden von 30 Schützen 35 Hasen, 2 Rehbocke, 5 Füchse, drei  
Sch. epfen und 5 Kaninchen geschossen.

## Meteorologische Beobachtungen auf der Königl. Universitäts- Sternwarte zu Breslau.

October 13. 14.	Rechn. 2 U.	Abbs. 10 U.	Morg. 6 U.
Suffdruck bei 0° .....	330° 21	330° 01	329° 72
Suffwärme .....	+ 15° 9	+ 11° 9	+ 9° 5
Dunstdruck .....	3° 75	4° 07	4° 28
Dunstfälligkeit .....	49 pSt.	74 pSt.	94 pSt.
Wind .....	D. 1	S. 1	S. 1
Wetter .....	heiter.	heiter.	trübe.

Breslau, 14. Oct. [Wasserstand.] D.-B. 4 M. 18 Cm. U.-B. — M. — Cm.

Berlin, 13. October. Der gestrige Privatverkehr zeigte bei niedrigeren  
Courten ziemlich feste Festigkeit. Credit 126½—127 bez., Franzosen 192½—  
192½ bez., Lombarden 94—94½ bez., Türken 47½ bez. u. Bd., Italiener  
59½ Bd., Silberrente 64½ ult. bez. u. Bd., Papierrente 60½ do., Rumä-  
nen 35 bez., Rheinische 137½ bez., Mainzer 149—148½ bez., Disconto-  
Commandit 182—182½ bez., Vereinsbank Quistorp 16 bez., Darmstädter  
Bank 152 bez., Provinz-Disconto 105 Bd., Laurahütte 175, Anf. etw. bis  
176½—176 bez. u. Br., Dortmunder Union 101 Bd.

Das heutige Geschäft entwickelte sich in trüger Weise und war von jeder  
Erregung frei, im Allgemeinen war die Haltung eine ruhige und zeigte  
nach und nach einer festeren Richtung zu. Wenn auch die Kauflust nur  
eine sehr geringe ist, so wirkt das Verschwinden der Blancoverläufe doch  
offenbar beruhigend auf die Gesamtsituation der Börse ein. Der Discounter  
fehlt es zwar nicht an gutem Willen, auf ihrer bisher verfolgten Bahn weiterzu-  
arbeiten, es fehlt ihr aber in dem Maße an Kraft, als der Hausse-  
partei der Muth mangelt. Auf diese Weise ist stillschweigend eine Art  
Compromiß geschlossen zwischen den Vertretern der beiden sich diametral  
gegenüberstehenden Interessen. Die nachtheiligen Gerüchte, die man wie-  
derum über einzelne Bankinstitute in Umlauf zu setzen suchte, entbehren  
allen thatsächlichen Grundes. Die Speculationspapiere schließen wieder im  
Niveau der Schlussnotirungen vom Sonnabend und haben somit den gestri-  
gen Rückgang ausgeglichen. Die Umsätze in diesen Effecten blieben aber  
in sehr engen Dimensionen. Oesterreichische Nebenbahnen behaupteten sich  
recht gut, obgleich auch hier einige Courseherabsetzungen zu verzeichnen sind,  
Galizier und Nordwestbahn, namentlich die letzteren zogen für Cassaware  
im Course an. Auswärtige Fonds hielten sich bei unveränderten Notirun-  
gen recht fest, Türken verringerten ihren künftigen Rückgang. Amerikaner  
waren gesucht, Russische Werthe zeigten gute Festigkeit. Anleihen belebt.  
In preussischen Fonds konnte die Stimmung nicht ganz fest ge-  
nannt werden und ließen einzelne Course auch nach; deutsche Fonds  
sehr still. Von Prioritäten erwießen sich 4- und 4½proc. Preussische recht  
fest und gefragt, theilweise sogar zu höherer Notiz. Auf dem Eisenbahn-  
Actienmarkt hatte eine feste Stimmung Platz gegriffen und machte sich auch  
einige Kaufkraft bemerkbar, so waren von den schweren Actien die rheinisch-  
westfälischen Devisen beliebt und von leichten Bahnpapieren Laminés, Rhi-  
nisch und Rheinhahn regte. Mittelbahnen still aber ebenfalls fest. Die  
Stimmung für Bankactien war zwar beruhigter, doch immerhin noch ge-  
drückt und gingen die Course mehrfach zurück. Gegen den Schluss des Ge-  
schäftes war aber eine Besserung nicht zu verkennen. Disconto-Comm. per  
ult. 181—183½ Thlr., Centralbank für Inbussie anziehend, Meininger höher,  
Sünder ging sehr lebhaft um. Der Course anfänglich stark ermäßig, ge-  
wann die Höhe der letzten Notiz, schließlich wieder Industriepapiere sehr still,  
Bergwerke meist besser. Wie man mittheilte, würde die Dividende auf die  
Actien von Harfot Erben in einer morgigen Sitzung des Aufsichtsrathes  
auf 7½ festgelegt werden. (Wank. u. S.-Z.)

Berlin, 13. October. [Productenbericht.] Weizen per October  
etwas höher, sonst matt. — Roggen hat auf nahe Sichten unter dem Druck  
der starken Rückgängen sich nicht voll behaupten können; entfernte Ter-  
mine ziemlich fest. Waare in schleppendem Verfehr. — Roggenmehl ziem-  
lich fest. — Hafer loco reichlich angeboten und flau, Termine wenig be-  
ändert. — Rüböl sehr matt und eher billiger käuflich — Spiritus fest er-  
öffnend, schließlich flau.

Weizen loco 73—93 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gef., gelber  
— Thlr. bez., bunter poln. — Thlr. ab Bahn bez., pro September-October  
89½—89¾ Thlr. bez., October-November 85—84½ Thlr. bez., De-  
cember 84½—84¾ Thlr. bez., December-Januar — Thlr. bez., pro April-  
Mai 1874 85—84½ Thlr. bez., neue Waare per April-Mai 83½ Thlr.  
bez., Gefündigt 1000 Ctr. Ründigungspreis 89½ Thlr. — Roggen pro  
1000 Kilogr. loco 59—72 Thlr. nach Qualität gefordert, neuer 69—71½  
Thlr. ab Bahn bez., russischer 58—59½ Thlr. ab Bahn und Roggen bez., pro  
October und October-November 58½—58¾ Thlr. bez., December 59½  
—59¾ Thlr. bez., pro Frühjahr 61½—61¾ Thlr. bez., Gefündigt  
62000 Ctr. Ründigungspreis 58½ Thlr. — Gerste loco 59—73 Thlr.  
nach Qual. gefordert. — Hafer pro 1000 Kilogr. loco 50—58 Thlr. nach  
Qual. gef., schlesischer 54—56 Thlr., böhmischer 55—56½ Thlr., ostpreu-  
sischer 52—56 Thlr., pommerischer 56—57 Thlr. ab Bahn bez., per Se-  
ptember-October 57—57½ Thlr. bez., October-November 52½ Thlr. bez.,  
November-December 52 Thlr. bez., pro Frühjahr 52½ Thlr. bez., Gefündigt  
— Ctr. Ründigungspreis — Thlr. — Erbsen: Roggenwaare 65—70 Thlr.,  
Futterwaare 60—64 Thlr. — Weizenmehl Nr. 0 12½—12 Thlr., Nr. 0 u.  
1 11½—11 Thlr. — Roggenmehl Nr. 0 10½—9½ Thlr., Nr. 0 u. 1  
9½—9 Thlr., pro 100 Kilogr. unbesuñert incl. Sack. Roggenmehl Nr. 0 u. 1  
1—9 Thlr. per September-October 9 Thlr. 11—17 Sgr. bez., October-November 9  
Thlr. 6½—6 Sgr. bez., November-December 8 Thlr. 29½ Sgr. bis 9 Thlr.  
bez., December-Januar 9 Thlr. — Sgr. bez., Januar-Februar 9 Thlr. —  
Sgr. bez., Februar-März 9 Thlr. — Sgr. bez., April-Mai 8 Thlr. 20 Sgr.  
bez., Gefündigt — Ctr. Ründigungspreis — Thlr. — Sgr. — Delfa-  
ten: Raps — Thlr., Rüben — Thlr. — Rüböl per 100 Kilogr. netto  
loco 18½ Thlr. bez., per September-October 18½—18 Thlr. bez., Octo-  
ber-November 18½—18 Thlr. bez., November-December 18½—18 Thlr. bez.,  
December-Januar — Thlr. bez., Januar-Februar — Thlr. bez.,  
April-Mai 20½—20 Thlr. bez., Gefündigt 18,000 Ctr. Ründigungs-  
preis 18 Thlr. — Leinöl loco 25 Thlr. — Petroleum per 100 Kilogr. incl.  
Fas loco 10½ Thlr. bez., per September-October 10 Thlr. bez. und Br.,  
October-November 10 Thlr. bez., November-December 10 Thlr. bez., Decem-  
ber-Januar — Thlr. bez., Januar-Februar 10½ Thlr. bez., April-Mai —  
Thlr. bez., Gefündigt — Barrels. Ründigungspreis — Thlr. — Spiritus  
per 10,000 pSt., loco „ohne Fas“ 24 Thlr. 10 Sgr. bez., per September-  
October 23 Thlr. 9—5 Sgr. bez., October-November 21 Thlr. 5 Sgr.  
bis 20 Thlr. 28 Sgr. bis 21 Thlr. bez., November-December 20 Thlr. 10  
—8 Sgr. bez., December-Januar — Thlr. — Sgr. bez., Januar-Februar  
— Thlr. — Sgr. bez., April-Mai 1874 20 Thlr. 19—15 Sgr. bez.,  
Mai-Juni — Thlr. — Sgr. bez., Gefündigt — Liter. Ründigungspreis  
— Thlr. — Sgr.

A. H. Magdeburg, 11. Oct. [Zucker-Wochenbericht.] Von Roh-  
zucker wurden in dieser Woche ca. 63,000 Ctr. gehandelt. Die Preise blieben  
in weicherer Richtung und stellten sich successive für Einwärtszucker und  
Rohzucker ¼—½ Thlr. und für Raffinader ¼ Thlr. niedriger.

Notirungen: 92% erste Producte 11 Thlr., 93% erste Producte 11½—  
11½ Thlr., 94% erste Producte 11½—11½ Thlr., 95% erste Producte 11½  
—11½ Thlr., 96—98% Rohzucker 12—12½ Thlr., 91—94% Nachproducte  
10—10½ Thlr., je nach Farbe und Korn, Raffinader 13½—13½ Thlr.

In raffinierten Zuckern gingen ca. 11,000 Brote und ca. 14,000 Ctr. ge-  
mahlene Zucker und Farine um. Die Preise haben sich durchgehends be-  
hauptet; für gemahlene Zucker in den besseren Qualitäten zeigte sich gute  
Frage.

Die Notirungen sind gleich denen vom 4. d. M.  
Eiste Koffen: Extra feine Raffinade incl. Fas — Thlr., feine do. 16½  
Thlr., feine do. 16½ Thlr., gemahlene do. — Thlr., fein Melis excl. Fas  
16—16½ Thlr., mittel do. 16—16½ Thlr., ordinär do. — Thlr., gemahlen  
Melis la. incl. Fas 14—14½ Thlr., gemahlen Melis Ha. do. 13½—13½  
Thlr., Farin do. 11½—13 Thlr.

Mumfcladen-Schup 48 Sgr. per Ctr. excl. Tonne.

Neutomiscl, 9. Octbr. [Hopfengeschäft.] Schon seit mehreren  
Tagen macht sich im Hopfengeschäfte eine vollständige Flaute bemerkbar.  
Die meisten der hierorts anwesenden Böhmen und Bayern sind abgereist,  
und die wenigen, die zurückblieben, verhalten sich abwartend. Sehr nach-  
theilig auf das hiesige Geschäft hat das Heruntergehen der Preise auf dem  
Saager Markt gewirkt, denn hauptsächlich waren es die Böhmen, die unseren  
Hopfen kauften und ihn nach böhmischen Plätzen schickten. Von den Bayern  
haben sich vorzüglich nur die, die für die hier gefauste Waare Abzug  
in Böhmen hatten, lebhaft am Geschäftetheil. Unseren Producenten, die  
sich in der letzten Zeit bei der fortwährenden Preissteigerung zur Abgabe  
ihres Productes wenig bereit finden ließen, ist durch diese plötzliche Ge-  
schäftsflaute manche Hoffnung getrübt worden, viele hoffen jedoch, daß  
die Stille nicht lange anhalten, sondern einem baldigen lebhaften Geschäfts-



berlebe weichen würde. Die wenigen Posten, die gekauft wurden, bezahlte man zu gebilligten Preisen. Für Primaware wurden 40-45, für Waare mittlerer Güte 33-38, und für Kopfen letzter Qualität 28-32 Thlr. pro Centner erzielt.

Nürnberg, 11. October. [Hofenbericht.] Auch am heutigen Markt ist die Zufuhr klein geblieben und da sowohl für Brauereibetriebe als für Export lebhafteste Nachfrage stand, so waren die angekommenen 5-600 Ballen zu steigenden Preisen rasch vergriffen. Die meisten Abkömmlinge der Marktware lauteten auf 52-55 fl., seltener wurde ausgewählt zu 56-58 fl., oder in geringster Waare zu 50-51 fl. gehandelt. Heutige Notierungen lauten: Marktware prima 52-56 fl., dito secunda 48-50 fl., Spalter Land, Mittellage 90-95 fl., Spalter Land, leichte Lage 70-85 fl., Württemberg prima 80-90 fl., dito secunda 68-78 fl., Badische prima 74-80 fl., dito secunda 66-70 fl., Hallertauer Siegel 90-100 fl., dito prima 80-85 fl., dito secunda 70-75 fl., Herzsbruder Gebirgshopfen 66-72 fl., dito secunda 55-60 fl., Alschgründer prima 66-70 fl. — Mittags 12 Uhr: Bei anmitem Geschäftsgange wurden bisher alle Ankünfte guter Waare zu gemäßigtem Preisstand, Prima Alschgründer und Gebirgshopfen zu 58-64 fl. lebhaft gehandelt.

W. Frankfurt a. M., 11. October. [Wochenbericht.] Der lebhaftere Zug unseres Verkehrs am Schluss der vergangenen Woche war nur von kurzer Dauer, da sich schon beim Beginn der gegenwärtigen, wo der ungünstige Ausweis der Preislage bekannt wurde, der Börse eine Berichtigung bemächtigte, die das Geschäft in enge Grenzen band. Es gewannen nur Lombarden auf die Nachricht, der November-Coupon gelange mit 100, zur Einlösung, indem dieselben ihren Cours von 160 auf 166 erhöhten.

Der Sturz der Quistorschen Institute, auf welchen die Börse seit einiger Zeit vorbereitet war, wirkte nicht in dem Maße, als man befürchtet hatte, da der erste Einbruch durch in Berlin auf's Unerwartetste vorgenommene Deckungen abgemildert wurde.

Zunächst war dies Ereignis, dessen weitere Folgen noch abzuwarten sind, dazu angethan, das Vertrauen des Publikums neuerdings zu erschüttern und die Börse in ihren Bestrebungen auf sich allein anzuweisen. — Die Woche schließt bei großer Geschäftstheilnahme in abwärts gerichteter Haltung.

Was die Einzelheiten des Verkehrs anbelangt, so befinden sich auch diesmal Creditactien im Vordergrund derselben. Dieselben eröffneten nach 233 der Vorwoche, stiegen auf 230, wurden hierauf zu 227, 229, 225, umgekehrt und schlossen nach 224 zu 225. Oesterreichische Nationalbankactien 987, gegen 984. Darmstädter 377, gegen 391. Meiningen 112, gegen 116.

Jüngere Bankactien, denen die Stimmung wenig günstig war, sind fast ausnahmslos niedriger, wie in der Vorwoche: Frankfurter Bankverein 100, gegen 102, Deutsche Vereinsbank 102, gegen 106. Oesterreichische Deutsche 85, gegen 87. Frankfurter Wechselbank wie früher 77. Deutsche Effecten- und Wechselbank 117, gegen 118. Deutsche Baugesellschaft 109, gegen 109. Baseler Bankverein 86, gegen 88. Berliner Centralbank 72, gegen 75.

Bei den Bahnen fanden Lombarden, aus dem oben angeführten Grunde, größere Beachtung. Dieselben stiegen von 160 auf 167 und schlossen 166. Staatsbahnactien nach 343, 345 eröffnend und bis 347 steigend, find am Wochenabschluss auf ungünstigere Einnahmen 339. Galizier blieben 220, gegen 221. Nordost 202, gegen 203. Rudolfshafen 161, gegen 163. Ungarische Nordost 115, gegen 108. Alte Bayerische Ostbahn 112, gegen 114, junge 106, gegen 106.

Eisenbahn-Prioritäten bei wenig veränderten Coursen in beschränktem Verkehr. Donau-Drav 66, gegen 67, Raabau-Dorberger 79, gegen 77. Borsaberger 83, gegen 81. 5% Lombardische Prioritäten 85, 3% tige 49.

Bei den Fonds Deficir. Renten niedriger. Silber-Rente 64, Papier-Rente 60, Spanier 18. Amerikanische Fonds in allen Gattungen besser. 81er 101, 82er III. 97, IV. 93, gel. 97, 85er Juli 99.

Loospapiere still. Deficir. 54er Loose 88, 60er 89, 64er 146, Credit-Loose 188, Braunschweiger 21, Ungarische 85, Raaber Loose 76. Finnland 9.

Deficir in bedeutenden Summen umgelegt: Wien 103, London 118, Paris 33, Amsterdam 98.

Von Sorten sind Napoleons im Preise besser à 9, 22. — Sovereigns 11, 49. Imperials 9, 42.

Geld zieht zur Liquidation an.

### Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

Paris, 13. Oct. Die Erwidlung Chamberds auf die Mittheilungen der Royalisten-Parteien wird morgen erwartet. Chamberd erhielt, der „Union“ zufolge, am Geburtstage zahlreiche Glückwünsche. Er sprach den Unterzeichneten seinen Dank und die Hoffnung aus, alle Schwierigkeiten zu überwinden. „Vien public“ sprach sich gegen die Verlängerung des Provisoriums aus, das Land müsse über seine Geschicke baldigst entscheiden. Das „Journal de Paris“ sagt: Der Ausfall der Wahlen beweise die Nothwendigkeit der Wiederherstellung der Monarchie; widrigenfalls dem Radicalismus dann die Militärdictatur folgen werde.

Trianon, 13. Oct., Nachmittags. Proceß Bazaine. Beginn des Verhörs des Marschalls. Derselbe fängt mit der Schlacht bei Forbach an. Bazaine hebt sich vertheiligend die Unkenntnis der an Forbach und an dessen Divisionsgenerale direct vom Hauptquartier erhaltenen Befehle hervor; er betont die Mangelhaftigkeit des Kundschafterwesens, wodurch er sein Verhalten nach der Ueberrahme des Obercommandos am 12. August mit zu entschuldigen sucht.

Das Verhör geht darauf zu den Ereignissen vom 12. bis 18. August über. Bazaine lehnt alle Verantwortlichkeit bezüglich der verspäteten Brückenschläge über die Mosel, des versäumten Abbruchs der Brücken nach dem Uebergange der Armee ab. Der Marschall rechtfertigt sein Verhalten durch seine Unkenntnis vieler an den Major-General Leboucq direct gerichteten Befehle und führt zwei Depeschen an, nach deren Inhalt er beabsichtigte, der Umgehung durch die deutsche Armee zuvorzukommen, wozu er durch den Kaiser gehindert worden sei. Die Sitzung wird suspendirt.

Trianon, 13. October, Abends. Nach der Wiederaufnahme der Sitzung äußert sich Bazaine über seine Bewegungen vom 15. bis 18. August. Der Marschall erklärt, der Kaiser sei mit dem Verbleiben der Armee unter Weg im Falle des zu großen feindlichen Widerstandes einverstanden gewesen; er habe daher den Marsch auf W. räum erst am 15. August angetreten; durch die Schlacht am 16. August sei der Vormarsch unmöglich gemacht worden.

Der Marschall bezog sich ferner hinsichtlich der Bewegungen nach der Schlacht am 18. August auf den erhaltenen Befehl, nichts auf das Spiel zu setzen. Nach dem Gesamtergebnisse des Verhörs suchte der Marschall weniger sich durchzuschlagen, als die deutsche Armee vor Weg festzuhalten.

London, 13. Oct. Nach einer der „Times“ zugegangenen Depesche aus Kingston auf Jamaica vom heutigen Tage hat im Süden von Haiti ein heftiger Sturm gewüthet, durch den viele Häuser und Schiffe zerstört worden sind. — Port au Prince ist von dem Dikan nicht berührt worden.

London, 13. Oct. Zum Nachfolger des Unterstaatssekretärs im Departement des Auswärtigen, Hammond, ist Tanderden ernannt.

Newyork, 12. Oct. Nach hier eingetroffenen genaueren Nachrichten haben im Golf von Mexiko an verschiedenen Punkten heftige Stürme gewüthet. Der amerikanische Dampfer „Missouri“ hat bei den Bahamas-Inseln Schiffbruch gelitten. Auch der spanische Dampfer „Maest“ scheiterte; 24 Personen extrant. Außerdem werden noch andere Unglücksfälle gemeldet.

Melbourne, 12. Oct. Der heute von hier nach Port de Galle abgegangene Postdampfer hatte 117,000 Unzen ungemünztes Gold und 197,000 Sovereigns an Bord.

## Berliner Börse vom 13. October 1873.

Wechsel - Course.			Eisenbahn-Stamm-Actien.		
Amsterdam 260 Fl.	10 T.	140 3/4 bz.	Divid. pro 1871	1872	Zf.
do. 100 Fl.	2 M.	139 3/4 G.	Aachen-Mastricht	1 1/2	32 1/2 bz.
Augsburg 100 Fl.	2 M.	168 1/2 G.	Berg-Märkische	1 1/2	105 1/2 bz.
Frankfurt 100 Fl.	2 M.	168 1/2 G.	Berlin-Anhalt	1 1/2	17 1/2 bz.
Leipzig 300 Thlr.	3 M.	99 3/4 G.	Berlin-Görlitz	1 1/2	17 1/2 bz.
London 1 Lst.	3 M.	62 1/2 bz.	Berlin-Hamburg	1 1/2	17 1/2 bz.
Paris 300 Frs.	10 T.	79 1/2 bz.	Berlin-Magdeburg	1 1/2	17 1/2 bz.
Petersburg 100 Rbl.	3 M.	89 1/2 bz.	Berlin-Nordbahn	1 1/2	17 1/2 bz.
Warschau 90 Rbl.	3 M.	81 1/2 bz.	Berlin-Potsd.-Magd.	1 1/2	17 1/2 bz.
Wien 150 Fl.	3 M.	88 1/2 bz.	Berlin-Stettin	1 1/2	17 1/2 bz.
do. do.	2 M.	87 1/2 bz.	Böhm. Westbahn	1 1/2	17 1/2 bz.
Fonds und Geld - Course.			Breslau-Freib.	1 1/2	17 1/2 bz.
Freiw. Staats-Anleihe	4 1/2	101 1/2 G.	do. neue	1 1/2	17 1/2 bz.
Staats-Anl. 4 1/2 %ige	4 1/2	101 1/2 G.	Cöln-Minden	1 1/2	17 1/2 bz.
do. consolid.	4 1/2	97 1/2 G.	do. neue	1 1/2	17 1/2 bz.
do. 4 %ige	4 1/2	97 1/2 G.	Cuxhav.-Eisenbahn	1 1/2	17 1/2 bz.
Staats-Schuldenschein	3 1/2	97 1/2 G.	Dux-Bodenbach	1 1/2	17 1/2 bz.
Präm.-Anleihe v. 1855	3 1/2	120 1/2 bz.	Gal.-Carl-Ludw.-B.	1 1/2	17 1/2 bz.
Berliner Stadt-Oblig.	4 1/2	101 1/2 bz.	Halle-Sorau-Gub.	1 1/2	17 1/2 bz.
Pommersche	4 1/2	101 1/2 bz.	Hannover-Altenb.	1 1/2	17 1/2 bz.
Pommersche	4 1/2	89 1/2 bz.	Kaschau-Oderberg	1 1/2	17 1/2 bz.
Schlesische	4 1/2	89 1/2 bz.	Kronpr. Rudolphb.	1 1/2	17 1/2 bz.
Kur-u. Neumark.	4 1/2	96 1/2 bz.	Ludwigsh.-Bach.	1 1/2	17 1/2 bz.
Pommersche	4 1/2	95 1/2 bz.	Märk.-Posener	1 1/2	17 1/2 bz.
Pommersche	4 1/2	94 1/2 bz.	Magde.-Halberst.	1 1/2	17 1/2 bz.
Preussische	4 1/2	94 1/2 bz.	Magde.-Leipzig	1 1/2	17 1/2 bz.
Westfal. u. Rhein.	4 1/2	94 1/2 bz.	do. Lit. B.	1 1/2	17 1/2 bz.
Sächsische	4 1/2	94 1/2 bz.	Mainz-Ludwigsh.	1 1/2	17 1/2 bz.
Sächsische	4 1/2	109 1/2 bz.	Niedersch.-Märk.	1 1/2	17 1/2 bz.
Badische 4 %ige	4 1/2	111 1/2 bz.	Oberschl. A. u. C.	1 1/2	17 1/2 bz.
Cöln-Mind.-Präm. 3 1/2 %	4 1/2	92 1/2 bz.	do. B.	1 1/2	17 1/2 bz.
Hypotheken - Certificate.			Oest. Fr.-St.	12	10 1/2
Kündb. Cent.-Bod.-Cr.	5	101 1/2 bz.	Oester. Nordwest.	5	5 1/2
Unkünd. do. (1872)	5	101 1/2 bz.	Oester. süd. St. B.	4	4 1/2
do. rückbz. à 110	5	104 1/2 G.	Ostpreuss. Südbahn	0	0 1/2
do. do. do. 4 1/2 %	5	97 1/2 bz.	Rechte O.-U.-Bahn	3	6 1/2
Unk. H. d. Pr. B.-Ord. 5	5	92 G.	Reichenberg-Pard.	4 1/2	4 1/2
do. III. Em. do. 5	5	91 1/2 G.	Rheinische	10	9 1/2
Kündb. Hyp.-Schuld. do.	5	90 1/2 G.	Rhein-Nahe-Bahn	0	0 1/2
Hyp. Anth. Nord. G.-C.B.	5	101 1/2 bz.	Rumän. Eisenbahn	5 1/2	3 1/2
Pomm. Hypoth.-Briele	5	101 1/2 bz.	Schw. Westbahn	2 1/2	1 1/2
Gotha. Hyp.-Pz. I. Em.	5	104 1/2 bz.	Stargard-Posener	4 1/2	4 1/2
do. do. II. Em. 5	5	103 1/2 G.	Thüringer	10	9 1/2
Meining. Präm.-Pfdb.	5	91 G.	Wiesbaden-Wien	12	10 1/2
Oest. Silberpfdbr.	5	50 bz.	Eisenbahn-Stamm-Prioritäten-Actien.		
do. Hyp. Ord.-Pfdb.	5 1/2	71 1/2 bz.	Berlin-Görlitz	5	5 1/2
Unk. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	5 1/2	100 bz.	Berlin-Nordbahn	5	5 1/2
Pfdb. d. Oest. Bd.-Gr. 5	5 1/2	86 1/2 bz.	Breslau-Warschau	5	5 1/2
Südd. Bod. Cred.-Pfdb.	5 1/2	101 1/2 bz.	Halle-Sorau-Gub.	5	5 1/2
Wiener Silberpfdbr.	5 1/2	55 bz.	Hannover-Altenb.	5	5 1/2
Ausländische Fonds.			Kölnf.-Falkenb.	5	5 1/2
Oest. Silberrente	4 1/2	64 1/2 bz.	Märkisch-Posener	1 1/2	0 1/2
do. Papierrente	4 1/2	60 1/2 bz.	Magde.-Halberst.	3 1/2	3 1/2
do. Lott.-Anl. v. 60	5	89 1/2 bz.	do. Lit. C.	5	5 1/2
do. 64er Präm.-Anl.	4	86 1/2 bz.	Ostpr. Südbahn	0	0 1/2
do. Credit-Loose	5	104 1/2 bz.	Pomm. Centralt.	5	5 1/2
do. 64er Loose	5	104 1/2 bz.	Rechte O.-U.-Bahn	5	5 1/2
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	132 1/2 bz.	Rumän. (40 %/Einn.)	5	5 1/2
do. do. 1866	5	129 1/2 bz.	Saal-Bahn	5	5 1/2
do. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	88 1/2 bz.	Bank- und Industrie-Papiere.		
Russ.-Pol. Schatz.-Obl.	4	79 1/2 bz.	Anglo-Deutsche Bk.	7 1/2	5 1/2
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	76 1/2 bz.	All.-Deutsche Bk.	5	4 1/2
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	63 1/2 bz.	Berliner Bank	15	14 1/2
Amerik. 6 % Anl. p. 1882	6	98 1/2 bz.	Berl. Bankverein	16	15 1/2
do. do. p. 1885	6	100 1/2 bz.	Berl. Kass.-Ver.	12 1/2	12 1/2
do. 5 % Anleihe	5	97 1/2 bz.	Berl. Handels-Ges.	12 1/2	12 1/2
Fransösische Rente	5	91 1/2 G.	Berl. Lombard-Bk.	5 1/2	4 1/2
Ital. neue 5 % Anleihe	5	99 1/2 G.	Berl. Makler-Bank	25 1/2	11 1/2
Ital. Tabak-Oblig.	6	92 1/2 G.	Berl. Präm.-Bk.	12 1/2	12 1/2
Russ.-Graz. 100 Thlr.	6	76 1/2 bz.	Berl. Wechsel-Bk.	12 1/2	12 1/2
Russische Anleihe	5	97 1/2 G.	Braunschw. Bank	8 1/2	8 1/2
Türkische Anleihe	5	47 1/2 bz.	Bresl. Disc.-Bank	12 1/2	12 1/2
Ung. 5 % St.-Eisenb.-Anl.	5	69 1/2 bz.	Friedenthal u. Co.	13	10 1/2
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10	104 1/2 G.	Bresl. Handels-Ges.	4 1/2	9 1/2
Finnische 10 Thlr.-Loose	10	104 1/2 G.	Bresl. Makler-Bank	30	5 1/2
Eisenbahn-Prioritäten-Actien.			Bresl. Mkl.-Ver. B.	4 1/2	7 1/2
Berg-Märk. Serie II.	4 1/2	100 G.	Br. Fr.-Wechsel-B.	12 1/2	12 1/2
do. III. v. St. 3 1/2 %	4 1/2	81 1/2 bz.	Bresl. Wechsel-Bk.	12 1/2	12 1/2
do. do. VI. 4 1/2 %	4 1/2	99 1/2 G.	Centralt. f. Genos.	12	12 1/2
do. Nordbahn	5	103 G.	Coburg. Cred.-Bk.	10 1/2	7 1/2
Berlin-Görlitz	5	103 G.	Danziger Priv.-Bk.	7 1/2	4 1/2
Breslau-Freib. Litt. D.	4 1/2	99 G.	Darmst.-Creditb.	15	15 1/2
do. do. G.	4 1/2	99 G.	Darmst.-Zettelbank	8	7 1/2
do. do. H.	4 1/2	99 G.	Dessauer	—	fr.
Cöln-Minden	5	100 bz.	Deutsche Bank	8	8 1/2
do. do. do.	5	100 bz.	Deutsche Unionb.	11 1/2	9 1/2
do. do. IV.	4 1/2	90 1/2 bz.	Disc.-Com.-A.	24	27 1/2
do. do. V.	4 1/2	90 1/2 bz.	Gen. Bank	—	fr.
Halle-Sorau-Gub.	4 1/2	100 1/2 G.	Genossensch.-Bank	10 1/2	10 1/2
Hannover-Altenb.	4 1/2	100 1/2 G.	do. junge	10 1/2	10 1/2
Märkisch-Posener	4 1/2	100 1/2 G.	Gwb. Schuster u. C.	10 1/2	10 1/2
Niedersch.-Märkische	4 1/2	93 G.	Görlitzer Vereinsb.	9	9 1/2
do. do. III.	4 1/2	93 G.	Hamb. Nordb.-Bk.	12 1/2	13 1/2
do. do. IV.	4 1/2	93 G.	do. Vereins-B.	11 1/2	13 1/2
do. do. V.	4 1/2	93 G.	Hannov. do.	5 1/2	6 1/2
do. do. VI.	4 1/2	93 G.	do. Disc.-Bk.	5	5 1/2
do. do. VII.	4 1/2	93 G.	Hessische Bank	—	fr.
do. do. VIII.	4 1/2	93 G.	Königsb. do.	11	8 1/2
do. do. IX.	4 1/2	93 G.	Landw. B. Kwidlitz	10	5 1/2
do. do. X.	4 1/2	93 G.	Leipz. Credit-Bk.	10	5 1/2
do. do. XI.	4 1/2	93 G.	Luxemburger do.	12	12 1/2
do. do. XII.	4 1/2	93 G.	Magdeburger do.	5 1/2	5 1/2
do. do. XIII.	4 1/2	93 G.	Meiningen	12	12 1/2
do. do. XIV.	4 1/2	93 G.	Moldau-Lds. Bk.	6	4 1/2
do. do. XV.	4 1/2	93 G.	Ndrschl. Cassenver.	12	15 1/2
do. do. XVI.	4 1/2	93 G.	Nord. Grundbr.-B.	8	13 1/2
do. do. XVII.	4 1/2	93 G.	Oberlausitzer Bnk.	10 1/2	8 1/2
do. do. XVIII.	4 1/2	93 G.	Oest. Credit-Act.	17 1/2	18 1/2
do. do. XIX.	4 1/2	93 G.	Ostdeutsche Bank	8	4 1/2
do. do. XX.	4 1/2	93 G.	Ost. Product.-Bk.	8 1/2	8 1/2
do. do. XXI.	4 1/2	93 G.	Posener Bank	6 1/2	6 1/2
do. do. XXII.	4 1/2	93 G.	Pos. Fr.-Wechsel-B.	8	8 1/2
do. do. XXIII.	4 1/2	93 G.	Pr.-Bod.-Cr.-Act-B.	12 1/2	13 1/2
do. do. XXIV.	4 1/2	93 G.	Pr. Centr.-Bod.-Cr.	14	15 1/2
do. do. XXV.	4 1/2	93 G.	Pr. Credit-Anstalt	9 1/2	9 1/2
do. do. XXVI.	4 1/2	93 G.	Prov.-Wechsel-Bk.	7 1/2	7 1/2
do. do. XXVII.	4 1/2	93 G.	Sächs. B. 600/10 S.	10	12 1/2
do. do. XXVIII.	4 1/2	93 G.	Sächs. Cred.-Bank	11	13 1/2
do. do. XXIX.	4 1/2	93 G.	Schles. Bank-Ver.	12	14 1/2
do. do. XXX.	4 1/2	93 G.	Schl. Centralt.	12	13 1/2
do. do. XXXI.	4 1/2	93 G.	Schl. Vereinsbank	9	9 1/2
do. do. XXXII.	4 1/2	93 G.	Thüringer Bank	9	14 1/2
do. do. XXXIII.	4 1/2	93 G.	Ver.-Bk. Quistorp	15	19 1/2
do. do. XXXIV.	4 1/2	93 G.	Weimar. Bank	7	8 1/2
do. do. XXXV.	4 1/2	93 G.	Wiener Unionbank	16 1/2	5 1/2
do. do. XXXVI.	4 1/2	93 G.	Berl. Eisenb.-Bd.	10 1/2	11 1/2
do. do. XXXVII.	4 1/2	93 G.	Märk. Schl. Masch. G.	10 1/2	0 1/2
do. do. XXXVIII.	4 1/2	93 G.	Nord. Papierfabr.	8 1/2	5 1/2
do. do. XXXIX.	4 1/2	93 G.	Westend. Comm. G.	8 1/2	17 1/2
do. do. XL.	4 1/2	93 G.	Pr. Hyp.-Vers.-Act.	12	16 1/2
do. do. XLI.	4 1/2	93 G.	Schl. Feuervers.	20	17 1/2
do. do. XLII.	4 1/2	93 G.	Donnersmarkhütte	12 1/2	29 1/2
do. do. XLIII.	4 1/2	93 G.	Königs-u. Laurah.	7	7 1/2
do. do. XLIV.	4 1/2	93 G.	Lauchhammer	14	1